

- 46 Anforderungen an eine Antragstellung der StA im Ermittlungsverfahren  
 Grundlage der Entscheidung des Gerichts im Ermittlungsverfahren  
 A-limine-Zurückweisung unzulässiger Beschwerden  
 Keine amtswegige Entscheidung des OLG hinsichtlich nicht bekämpfter Beschlüsse  
 Zum Begriff der Entscheidung „in der Sache“ iSd § 89 Abs 2b StPO  
 OGH 19.3.2014, 15 Os 25/14m (Anmerkung von Rainer Nimmervoll)

#### SUCHTMITTELSTRAFRECHT bearbeitet von Klaus Schwaighofer (JSt-Slg 9–11)

- 51 Suchtgifthandel; Gewerbsmäßigkeit; Vorverurteilung  
 OGH 30.1.2014, 13 Os 115/13f (Anmerkung von Klaus Schwaighofer)  
 OGH 19.3.2014, 15 Os 5/14w (Anmerkung von Klaus Schwaighofer)
- 52 Gewerbsmäßiger Suchtgifthandel; gleichartige Verbrechensmenge; ne bis in idem  
 OGH 6.3.2014, 12 Os 10/14h (Anmerkung von Klaus Schwaighofer)
- 53 Unerlaubter Umgang mit Suchtgift; Überlassen von Suchtgift zum persönlichen Gebrauch eines anderen;  
 Diversionsrüge  
 OGH 12.8.2014, 14 Os 43/14a

#### STRAFVOLLZUGSRECHT bearbeitet von Teresa Hauser (JSt-Slg 12–15)

- 55 Zuständigkeit des Oberlandesgerichtes Wien als Vollzugssenat nach § 16a StVG zur Entscheidung  
 OLG Wien 21.10.2014, 33 Bs 151/14v (LG Linz 12.8.2014, 21 Bl 59/14x)
- 56 Gem § 2 Abs 1 Z 2 Zahlungsdienstegesetz ist dieses Bundesgesetz auf den Bund, die Länder und Gemein-  
 den, wenn sie als Behörde handeln und dabei als Zahlungsdienstleister auftreten, nicht anzuwenden  
 LGSt Graz, 6.11.2014, 1 Bl 65/14h
- 57 Die Wertanpassung der Rücklage stellt einen Teil der nur eingeschränkt verwendbaren Rücklage dar.  
 LG Linz 27.6.2014, 21 Bl 34/14w
- 58 Die Bestimmung des § 132 Abs 2 StVG regelt die Überlassung von Gegenständen, die Strafgefangene  
 mitbringen, und stellt dabei aber nur auf die Aufnahme oder die Überstellung, nicht auf die Rückkehr von  
 einer Vollzugslockerung ab  
 LGSt Wien 2.10.2014, 190 Bl 139/14t

#### OGH-LEITSATZKARTEI bearbeitet von Benedikt Fuchs (JSt-LS OGH 1–18)

- 59 Strafgesetzbuch  
 60 Nebengesetze  
 60 Strafprozessordnung

#### GENERALPROKURATUR bearbeitet von Alexander Bauer und Ingrid Mitgutsch (JSt-GP 1)

- 64 Keine Zuständigkeit der WKStA für bloß im Versuchsstadium verbliebene Vermögensdelikte  
 Rechtssatz der Generalprokuratur 31.10.2014, Gw 413/14i

#### EUGH – ANHÄNGIGE VERFAHREN bearbeitet von Fritz Zeder (JSt-EuGH 1)

- 64 Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Superior de Justicia de Castilla La Mancha (Spanien) im  
 Verfahren über die Ausweisung von Manuel Orrego Arias, eingereicht am 2.10.2014  
 C-456/14 (Anmerkung von Fritz Zeder)

#### ZUR ERINNERUNG

- 67 Abweisung eines Antrages auf Beigebung eines  
 Verfahrenshilfverteidigers  
 Von Rainer Nimmervoll

#### TIPPS & INFOS

- 69 Buchbesprechungen  
 73 Impressum  
 74 Veranstaltungstipps  
 74 Ständige Redakteure und Mitarbeiter  
 75 Herausgeber  
 76 Autoren

Zitierbeispiel für Aufsätze:  
 - Wess, JSt 2014, Seite  
 Zitierbeispiel für Judikatur:  
 JSt-Slg 2014/1, Seite  
 JSt-LS OGH 2014/1, Seite  
 JSt-GP 2014/1, Seite  
 JSt-EuGH 2014/1, Seite  
 JSt-EGMR 2014/1, Seite  
 Zitierbeispiel für Newsletter:  
 JSt-NL VÖStV 2014/1

Revue Suisse  
de Criminologie (RSC)

Rivista Svizzera  
di Criminologia (RSC)

Swiss Journal  
of Criminology (SJC)

1/2015

Schweizer  
für Krimi

WU  
D3-7268

Numéro thématique / Thematische Nummer:

## Sorties et congés en exécution de peine privative de liberté

## Ausgang und Hafturlaub im Strafvollzug

Daniel FINK, Benjamin MINE (Eds.)

### EDITORIAL

3

*Daniel Fink, Benjamin Mine*

**Sorties et congés comme facteurs  
protecteurs contre la récidive**

### FORSCHUNG / RECHERCHE

6

*Benjamin Mine, Luc Robert*

**L'octroi des permissions de sortie et  
du congé pénitentiaire en Belgique**

*Frieder Düinkel*

**Vollzugslockerungen im deutschen  
Strafvollzug – Gesetzgebung und Praxis**

*Emilie Dubourg*

**Les permissions de sortir en France**

*Claude Kettel*

**Focus sur les sorties temporaires au  
Grand-Duché de Luxembourg**

*Daniel Fink*

**Ausgang und Hafturlaub: Mangelnde  
Kenntnisse der Praxis in der Schweiz**

*Véronique Strimelle*

**Les formes de sorties préalables à la  
libération conditionnelle dans le système  
correctionnel fédéral canadien**

### NEWS

54

Tagungen / Congrès



Stämpfli Verlag

www.sz.k.recht.ch

## Arbeitslosenversicherung

Freiwillige Versicherung setzt  
Verbindung zum Arbeitsmarkt voraus

BSG, Urteil vom 4. 12. 2014 – B 5 AL 1/14 R

**Die erforderliche Vorversicherungszeit nach § 28 a Abs. 2 SGB III kann nicht mit Zeiten von Unterhaltsgeld-Bezug während einer Maßnahme der beruflichen Eingliederung erfüllt werden.**

Die freiwillige Versicherung bei der Bundesagentur (BA) nach § 28 a SGB III ist ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit. Sie ist zugleich aber auch anfällig für »Mitnahmeeffekte« in der Form, dass auch Personen, bei denen der Eintritt des Versicherungsfalles der Arbeitslosigkeit sehr wahrscheinlich ist, die Versicherung beantragen. Deshalb hat der Gesetzgeber die Versicherungsberechtigung daran geknüpft, dass der Betroffene zuletzt vor der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden oder Leistungen der BA wie Arbeitslosengeld I bezogen hat.

**Berufliche Eingliederung**

Die Klägerin hatte zunächst von Februar 2008 bis Ende Juni 2009 Arbeitslosengeld I von der beklagten BA bezogen, unterbrochen durch Zeiten der Arbeitsunfähigkeit. Zwischen dem 01.07.2009 und dem 30.06.2010 nahm sie an einer beruflichen Fördermaßnahme der Rentenversicherung teil und erhielt Übergangsgeld nach § 20 SGB VI. Zum 01.07.2010 machte sie sich selbstständig und beantragte die freiwillige Versicherung bei der Beklagten. Diese lehnte den Antrag mangels Erfüllung der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen ab. Diese Entscheidung ist in allen drei gerichtlichen Instanzen bestätigt worden.

**Vorbeschäftigung erforderlich**

Die Klägerin war schon längere Zeit vor Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit

und Beantragung der freiwilligen Arbeitslosenversicherung nicht mehr als Arbeitnehmerin versicherungspflichtig beschäftigt. Daher kommt es allein darauf an, ob sie die nach § 28 a Abs. 2 SGB III erforderlichen Vorbeschäftigungszeiten durch den Bezug von Arbeitslosengeld I und/oder von Übergangsgeld erfüllen kann. Beides schließen die Kasseler Bundesrichter aus. Die Klägerin war während ihrer Teilnahme an der Maßnahme der Deutschen Rentenversicherung Bund zur Eingliederung in das Arbeitsleben nicht nach § 26 Abs. 2 SGB III arbeitslosensichert.

**Übergangsgeld zählt nicht**

Der Bezug von Übergangsgeld führt nur bei Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Fortdauer der Versicherungspflicht bei der BA, nicht bei allen anderen Eingliederungsmaßnahmen, auch wenn diese von einer Körperschaft gewährt werden, die »Träger der medizinischen Rehabilitation« sein kann (wie die Deutsche Rentenversicherung Bund). Damit konnte die Klägerin die Voraussetzungen einer Antragsversicherung bei der BA nur noch im Hinblick auf den Bezug des Arbeitslosengeldes I als einer »Lohnersatzleistung« im Sinne des § 28 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB III erfüllen.

**Leistungsbezug unmittelbar vor Aufnahme der Selbstständigkeit**

Die Zahlung von Arbeitslosengeld I bis zum 30.06.2009 nützt der Klägerin nichts, weil es auf einen Leistungsbezug »unmittelbar« vor Aufnahme der selbstständigen Tätig-

## Inhalt

- 1 Arbeitslosenversicherung  
BSG: Freiwillige Versicherung setzt Verbindung zum Arbeitsmarkt voraus
- 2 Rentenversicherung  
BSG: Versicherungspflicht von nicht erwerbsmäßigen Pflegepersonen
- 3 Unfallversicherung  
BSG: Versicherungsschutz von Teilnehmern am Hochschulsport
- 4 Arbeitslosenversicherung  
BSG: Arbeitsgerichtlicher Vergleich verkürzt nicht die ALG-Rahmenfrist
- 5 Sozialversicherungspflicht  
LSG Nordrhein-Westfalen: Pfleger eines Krankenhauses nicht selbstständig tätig
- 5 Unfallversicherung  
Aktuelle Rechtsprechung – Versicherter Personenkreis
- 6 Impressum

keit ankommt; wie auch immer »unmittelbar« genau verstanden wird. Unterbrechungen von mehr als einem Monat sind nach der Rechtsprechung des BSG jedenfalls schädlich. Die Klägerin hatte allerdings bei Beginn der Eingliederungsmaßnahme noch einen Restanspruch auf Arbeitslosengeld I von 54 Tagen, nachdem der Anspruch darauf wegen des erhaltenen Übergangsgeldes geruht hatte. Ein »ruhender« Anspruch erfüllt nach Ansicht des BSG jedoch von vornherein nicht die Voraussetzungen des § 28 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB III, weil der »Bezug« einer bestimmten Leistung voraussetzt, dass diese tatsächlich gezahlt worden ist.

**Hinweis für die Praxis:**

Die Begründung des BSG mutet eher technisch an und lässt nicht deutlich erkennen, warum wertungsmäßig der

*Lesetipps*

S. dazu SozSich  
1/2006, S. 9 ff.;  
6/2006, S. 200 ff.;  
5/2009, S. 197 f.;  
1/2011, S. 26



Titelthema

Rehabilitation



**Reform des Schwerbehindertenrechts:  
Was geändert werden sollte**

Nach wie vor sind schwerbehinderte Menschen am Arbeitsmarkt stark benachteiligt. Und: Um ihre Integration zu fördern, reichen die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen nicht aus. Der DGB hat daher Vorschläge zur notwendigen Reform im Schwerbehindertenrecht entwickelt. Reformiert werden sollte auch das kostenintensive Verfahren zur Statusfeststellung von (schwer-)behinderten Menschen nach Graden der Behinderung in 10er-Stufen. Außerdem muss die Bedarfsermittlung und Hilfeplanung für Menschen mit Behinderungen dringend verbessert werden. Vorschläge dazu werden hier präsentiert.

- |        |    |  |
|--------|----|--|
| Arbeit | 49 | SILVIA HELBIG<br><b>Reformvorschläge des DGB zum Schwerbehindertenrecht</b>  |
|        | 55 | RALF DOLATA<br>Grad der Behinderung im Schwerbehindertenrecht:<br><b>Sind neun verschiedene Stufen für die Ausdifferenzierung von Behinderungen notwendig?</b>                       |
| Recht  | 62 | EDNA RASCH<br>Bedarfsermittlung und Hilfeplanung für Menschen mit Behinderungen:<br><b>Plädoyer für einen individuellen Rechtsanspruch auf eine trägerübergreifende Koordination</b> |

- |          |    |  |
|----------|----|--|
| Position | 44 | WILHELM ADAMY<br>Zugang zur Arbeitslosenversicherung erleichtern:<br><b>Rahmenfrist für den Anspruch auf Arbeitslosengeld verlängern</b> |
|----------|----|--|

- |         |    |   |
|---------|----|---|
| Magazin | 45 | Reform des Selbstverwaltungsrechts gescheitert      |
|         | 46 | <b>Personalia</b>                                   |
|         | 47 | <b>Aus der Gesetzgebung</b>                         |
|         | 48 | <b>Termine</b>                                      |
|         | 48 | Arbeitsstättenverordnung: Neuregelung liegt auf Eis |

- |            |    |   |
|------------|----|---|
| Gesundheit | 67 | MAXIMILIAN GASSNER/DIRK GÖPFFAHRTH<br>Mehr Gerechtigkeit oder neue Unwuchten?<br><b>Die jüngsten Änderungen im Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen</b> |
|------------|----|---|

- |  |    |  |
|--|----|--|
|  | 73 | HANS NAKIELSKI/ROLF WINKEL<br><b>Krankenversicherung: Was sich zum Jahreswechsel änderte</b> |
|--|----|--|

- |        |    |   |
|--------|----|---|
| Pflege | 75 | ROLF WINKEL/HANS NAKIELSKI<br><b>Neuregelungen bei der Pflegeversicherung ab 2015</b> |
|--------|----|---|

- |                 |    |  |
|-----------------|----|--|
| Alterssicherung | 78 | ROLF WINKEL<br><b>Altersvorsorge: Was sich 2015 geändert hat</b> |
|-----------------|----|--|

- |                  |    |  |
|------------------|----|--|
| Selbstverwaltung | 79 | DIETER LEOPOLD<br>Fusionen in der Sozialversicherung:<br><b>Anfang 2015 gab es noch 177 selbstständige Versicherungsträger</b> |
|------------------|----|--|

- |         |    |                                      |
|---------|----|--------------------------------------|
| Nachruf | 82 | <b>In memoriam Dr. Bernd Schulte</b> |
|---------|----|--------------------------------------|

- |  |    |                  |
|--|----|------------------|
|  | 82 | <b>Impressum</b> |
|--|----|------------------|

Seit 2009 erhalten die Krankenkassen ihre Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nach dem Verteilungsschlüssel des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs. Seitdem streiten sie – auch vor Gericht – über die Zielgenauigkeit der Zuweisungen. Mit der Finanzstrukturreform in der GKV erfolgten jetzt auch Änderungen beim Risikostrukturausgleich. Verhelfen sie zu mehr Gerechtigkeit?

**Soziale Sicherheit Online**

Das Plus für Abonnenten:

- Alle Beiträge ab 1/2014 online
  - Leistungsfähige Volltextsuche
  - Zeitsparende Kurzfassungen
  - Nützliche Arbeitshilfen
  - Links auf externe Quellen
- Zugangsdaten anfordern auf:  
[www.SozialeSicherheit.de/registrierung](http://www.SozialeSicherheit.de/registrierung)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Abhandlungen</b>	<b>Konzen, Horst</b> , Prof. (em.) Dr. Dr. h. c. mult., Mainz und <b>Schliemann, Harald</b> , Thür. Justizminister a. D., Vors. Richter am BAG i. R., Rechtsanwalt, Der Regierungsentwurf des Tarifeinheitsgesetzes	1
	<b>Büdenbender, Ulrich</b> , Prof. Dr., Düsseldorf, Energiearbeitsrecht als Sonderbereich des allgemeinen Arbeitsrechts	16
	<b>Forst, Gerrit</b> , PD Dr., LL.M. (Cantab.), Berlin, Die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen nach dem sogenannten Tarifautonomiestärkungsgesetz	25
	<b>Greiner, Stefan</b> , Prof. Dr., Bonn, Das Tarifeinheitsgesetz – ein „Brandbeschleuniger“ für Tarifauseinandersetzungen?	36
	<b>Henssler, Martin</b> , Prof. Dr., Köln, Mindestlohn und Tarifrecht	43
<b>Besprechungsaufsatz</b>	<b>Gruber, Joachim</b> , Prof. Dr., Zwickau, Gibt es eine besondere Rechtsschutzgarantie für Bedienstete von EU-nahen internationalen Organisationen?	56
<b>Entscheidungsbesprechung</b>	<b>Hromadka, Wolfgang</b> , Prof. Dr. Dr. h. c., Passau, Beschäftigungsanspruch – Arbeitspflicht – Weisungsrecht – Anmerkung zu BAG v. 9. 4. 2014 – 10 AZR 637/13	59
<b>Kurzbeiträge und Informationen</b>	<b>Wank, Rolf</b> , Prof. (em.) Dr., Bochum, Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen	60
	Zwölftes Göttinger Forum zum Arbeitsrecht – „Die Zukunft der Arbeitnehmerbeteiligung in Europa“, <b>René Erfurth</b>	61
<b>Schrifttum</b>	Hartmann, Felix, Negative Tarifvertragsfreiheit im deutschen und europäischen Arbeitsrecht ( <b>Hanau</b> )	63
	Knosp, Armin, Die Insolvenzanfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen im Spannungsfeld von öffentlichem und Privatrecht ( <b>Zwanziger</b> )	64

Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,  
Beethovenstr. 7b, 60325 Frankfurt a. M.

## **NZA Editorial**

**Sebastian Uckermann**

Rückenwind für die betriebliche Altersversorgung!

III

## **NZA aktuell**

**Wichtige neue Entscheidungen**

VI

**Informationen**

VI

**Impressum**

XXII

## **Aufsätze und Berichte**

**Rolf Stagat**

Der Rechtsweg des GmbH-Geschäftsführers zum Arbeitsgericht – Änderung der Rechtsprechung  
und Folgen für die Praxis

193

**Alexander Bork**

Abberufung des Fremdgeschäftsführers – böswilliges Unterlassen bei Ablehnung einer Alternativ-  
tätigkeit im Unternehmen?

199

**Volker Rieble**

Tarifarchiv und Informationsfreiheit

203

**Gabriel Berger**

Zulässigkeit eines gewerkschaftlichen Zustimmungsvorbehalts zu Kündigungen

208

## **Kommentar**

**Christian Rolfs**

Betriebliche Versorgungszusagen im Konzern

213

## **Buchbesprechungen**

W. Förster/T. B. Cisch/M. Karst, Betriebsrentengesetz (*V. Matthießen*)

215

R. Müller-Glöge/U. Preis/I. Schmidt, Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht (*B. Ennemann*)

215

## **Blick ins Sozialrecht**

**Oliver Ricken**

Beitragspflichtigkeit von Bezügen aus einer Pensionskasse  
Unfallversicherungsschutz bei Rückweg vom Vorstellungsgespräch  
Meldeversäumnis als Sperrzeittatbestand

216

### Rechtsprechung

#### Arbeitsvertragsrecht

EuGH	28. 01. 2015 – C-417/13	<b>Altersdiskriminierung – Berücksichtigung von „Vordienstzeiten“ vor dem 18. Lebensjahr</b>	217
BAG	03. 09. 2014 – 5 AZR 6/13	<b>Entgelterhöhungen und Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes</b>	222
BAG	20. 05. 2014 – 3 AZR 1094/12	<b>Begrenzung der Einstandspflicht des Pensionssicherungsvereins für Versorgungszusagen</b>	225
BAG	30. 09. 2014 – 3 AZR 402/12	<b>Betriebsrentenanpassung unter Berücksichtigung eines so genannten biometrischen Faktors</b>	227
BAG	30. 09. 2014 – 3 AZR 930/12	<b>Hinterbliebenenversorgung im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung – „Haupternährerklausel“</b>	231
BGH	22. 01. 2014 – IV ZR 201/13	<b>Auslegung eines Bezugsrechts mit Vorbehalt in Gruppenversicherungsvertrag</b>	235

#### Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	07. 01. 2015 – 10 AZB 109/14	<b>Beitragspflicht zu den Sozialkassen des Baugewerbes – Verfahrensaussetzung bei Streit um Wirksamkeit einer AVE</b>	237
BAG	30. 09. 2014 – 1 ABR 79/12	<b>Betriebsratsmitbestimmung bei Übernahme von Leiharbeitnehmern – vorübergehende Arbeitnehmerüberlassung</b>	240
BAG	31. 07. 2014 – 2 AZR 505/13	<b>Kein besonderer Kündigungsschutz für Bewerber für das Amt des Wahlvorstands – Äußerungen in YouTube-Video</b>	245
BVerwG	11. 03. 2014 – 6 P 5/13	<b>Wahlvorschlag für Personalratswahl</b>	251

#### Verfahrensrecht

BAG	25. 11. 2014 – 10 AZB 52/14	<b>Insolvenzanfechtung und Rückgewähr von Leistung wegen Scheinarbeitsvertrag – Rechtsweg</b>	252
BAG	12. 11. 2014 – 7 ABR 86/12	<b>Beschränkte Zulassung der Rechtsbeschwerde – Anwendung von § 717 ZPO im arbeitsrechtlichen Beschlussverfahren</b>	252

#### Orientierungssätze

BAG	27. 03. 2014 – 6 AZR 989/12	<b>Vorsatzanfechtung verspäteter Zahlung von Arbeitsvergütung vor der Insolvenz</b>	255
BAG	10. 12. 2013 – 3 AZR 832/11	<b>Berechnung der Betriebsrente bei vorzeitigem Ausscheiden und vorgezogener Inanspruchnahme</b>	256
BAG	19. 02. 2014 – 10 AZR 428/13	<b>Kein Verlegen von Bodenbelägen durch Aufbringen von flüssigen Elastomeren zur Beschichtung von Böden</b>	256
BAG	16. 04. 2014 – 4 AZR 745/13	<b>Eingruppierung der Leiterin einer Kindertagesstätte</b>	256
BAG	11. 11. 2014 – 3 AZR 404/13	<b>Einstandspflicht des Pensions-Sicherungs-Vereins für Leistungen der betrieblichen Altersversorgung</b>	256

Das Jahresregister 2014 wird mit Heft 5/2015 ausgeliefert.



## AUFSÄTZE

### KONZERNRECHT

Aktienrecht

#### Ertragspoolung als Gewinngemeinschaften

**Dr. Tibor Fedke, LL.M. (Sydney), Berlin**

In der Praxis vereinbaren gelegentlich mehrere Unternehmen, untereinander Einnahmen und Ausgaben nach einem bestimmten Schlüssel zu verteilen (sog. Ertragspoolung). Bislang ist noch weitgehend ungeklärt, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen derartige Poolungsabreden als Gewinngemeinschaften i.S.v. § 292 Abs. 1 Nr. 1 AktG einzustufen sind. Der Beitrag setzt sich mit den Abgrenzungsfragen, den Folgen einer „verunglückten“ Gewinnpoolung und den formalen Anforderungen an Unternehmensverträge auseinander.

DK0690630

S. 53

### STEUERRECHT

Internationales Steuerrecht

#### Maßnahme Nr. 1 des BEPS-Aktionsplans: Steuerliche Herausforderungen der Digital Economy

**RA/StB Dr. Reimar Pinkernell, LL.M., Bonn**

Die Steuergestaltungskniffe einiger bekannter IT-Konzerne waren ein Hauptauslöser für die politische Entscheidung der G20, gegen internationale Gewinnverlagerung und Minderbesteuerung vorzugehen. Die OECD hat deshalb im Rahmen des BEPS-Aktionsplans vom 19.07.2013 eine Task Force eingesetzt, die sich mit den steuerlichen Herausforderungen der Digital Economy befasst. Der Beitrag schildert den Inhalt und die Schlussfolgerungen des Berichts der Task Force vom 16.09.2014.

DK0690738

S. 57

### BILANZRECHT/RECHNUNGSLEGUNG

Rechnungslegung

#### Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)

**Thomas Blöink / Thomas Knoll-Biermann, beide Berlin**

Die neue EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU muss bis zum 20.07.2015 in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat dazu am 07.01.2015 einen Regierungsentwurf vorgelegt, der nun auf dem Weg in das parlamentarische Beratungsverfahren ist. Ziel der Reform sind insbesondere eine Entlastung der kleinen Unternehmen, weitere Harmonisierungen bei den Anhangangaben im Jahres- und Konzernabschluss sowie die Einführung einer Pflicht zur Vorlage eines Zahlungsberichts von Rohstoffunternehmen. Der Beitrag stellt die konkrete Umsetzung der EU-Vorgaben in das deutsche Handelsbilanzrecht vor, geht darüber hinaus auf Änderungen gegenüber dem vom Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz im Sommer 2014 vorgelegten Referentenentwurf ein und gibt einen Ausblick über weitere künftige Änderungen im Handelsbilanzrecht.

DK0690714

S. 65

Rechnungslegung

#### Gestaltung des internen Konzernmonatsberichts – Ergebnisse einer Studie bei den Unternehmen des HDAX

**Prof. Dr. Thomas Joos, Pforzheim**

Der interne Konzernmonatsbericht nimmt eine herausragende Stellung im Management Reporting ein. Er informiert das Top-Management über die Lage des Konzerns im Berichtsmonat und über seine voraussichtliche künftige Entwicklung. Der Beitrag gibt einen Überblick über die Ausgestaltung des Konzernmonatsberichts bei deutschen Aktiengesellschaften.

DK0688146

S. 80

## ENTSCHEIDUNGEN

### KONZERNRECHT

GmbH-Recht

#### Zur Treuepflicht eines Mehrheitsgesellschafters einer GmbH

**OLG München, Urteil vom 14.08.2014 – 23 U 4744/13**

DK0690625

S. 85

### STEUERRECHT

Umsatzsteuer

#### Dienstleistung eines Unternehmers an seine unselbstständige Zweigniederlassung in einem anderen Mitgliedstaat, die dort einem Organkreis angehört

**EuGH, Urteil vom 17.09.2014 – Rs. C-7/13**

DK0689941

S. 90

Umsatzsteuer/Abgabenordnung

#### Vorsteuerabzug bei Totalverlust der Rechnungen

**BFH, Urteil vom 23.10.2014 – V R 23/13**

DK0690347

S. 92

Erbschaft-/Schenkungssteuer

#### Freigebige Zuwendung an Neugesellschafter bei Kapitalerhöhung einer GmbH

**BFH, Urteil vom 27.08.2014 – II R 43/12**

DK0690236

S. 95

Körperschaftsteuer

#### Hinzurechnung bei Dividenden aus Auslandsbe- teiligungen

**FG Düsseldorf, Urteil vom 16.09.2014 – 6 K 2018/12 K**

DK0689942

S. 102

## VERWALTUNGSANWEISUNGEN

### STEUERRECHT

Gewinnermittlung

#### AdV wegen ernstlicher Zweifel an der Verfas- sungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke (§ 4h EStG, § 8a KStG)

**BMF, Schreiben vom 13.11.2014**

DK0689943

S. 103

Bilanzsteuerrecht

#### Teilwertabschreibung gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG

**OFD NRW, Kurzinformation vom 22.01.2015**

DK0691342

S. 104

# Inhaltsverzeichnis

## Abhandlungen

<i>Joachim Wieland</i> , Speyer, Der Abschluss von Konzessionsverträgen als Teil der gemeindlichen Selbstverwaltung – Zur Notwendigkeit der Novellierung von § 46 EnWG.....	169
<i>Guy Beaucamp</i> , Hamburg/ <i>Jakob Beaucamp</i> , Hamm, In dubio pro libertate – Überlegungen zur Kopftuch- und Burkaverbotsdebatte.....	174
<i>Klaas Engelken</i> , Winterbach, Mehrbelastungsausgleichspflicht der Länder gegenüber den Kommunen bei bundesrechtlichen Aufgabenerweiterungen? – Sind dem Bund Aufgabenerweiterungen zulasten der Kommunen verboten? .....	184

---

## Buchbesprechungen

<i>Nikolaos Gazeas</i> , Übermittlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse an Strafverfolgungsbehörden ( <i>Clemens Arzt</i> ) .....	192
<i>Helena Lindemann</i> , Kommunale Governance – Die Stadt als Konzept im Völkerrecht ( <i>Michael Fuchs</i> ) .....	195
<i>Karl Otto Bergmann/Burkhard Pauge/Heinz-Dietrich Steinmeyer</i> (Hrsg.), <i>Gesamtes Medizinrecht</i> , 2. Auflage ( <i>Matthias Wiemers</i> ).....	196

---

## Rechtsprechung

BGH, Urteil vom 17.12.2013 – KZR 66/12 – Betrieb eines Energieversorgungsnetzes; Konzessionsvergabe durch die Gemeinde; diskriminierungsfreier Wettbewerb (vgl. Abhandlung <i>Wieland</i> ) .....	196
VerfGH NRW, Urteil vom 9.12.2014 – VerfGH 11/13 – Keine Mehrbelastungsausgleichspflicht gegenüber den Kommunen bei bundesrechtlichen Aufgabenerweiterungen (vgl. Abhandlung <i>Engelken</i> ) .....	207

# Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

5/2015

## INHALT

<b>Aktuell</b>	Rechtsprechung	V
	Terminvorschau des BSG	VII
	Mitteilungen	VII
	Veranstaltungen	IX
<b>Aufsätze und Berichte</b>	M. Kaltenborn, Die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes und das Recht auf Gesundheit	161
	M. Gafner / C. Scherer, Vergütung ohne Maß – Maßlose Vergütung?	166
	M. Hörtz / T. Tacou, Kopf oder Zahl? – Von der Einzelfall(un)gerechtigkeit der aktuellen oberinstanzlichen Rechtsprechung zum sozialversicherungsrechtlichen Status Quo einer (Erwerbs-)Tätigkeit am Beispiel der Notarztztätigkeit	175
<b>Buchbesprechungen</b>	D. Prütting, Fachanwaltskommentar Medizinrecht (S. Braun)	180
	B. Knittel, SGB IX Kommentar (B. Glatzel)	181
<b>Rechtsprechung</b>		
<b>Verfassungsrecht</b>	Zugänglichmachung von Prozessunterlagen in Blindenschrift (BVerfG Beschl. v. 10.10.2014 – 1 BvR 856/13)	182
<b>Krankenversicherungsrecht</b>	Vergütungsanspruch einer handchirurgischen Klinik für eine vorstationäre Krankenhausbehandlung (BSG Urt. v. 14.10.2014 – B 1 KR 28/13 R – mit Fokus)	182
	Erstattungspflicht der Sozialhilfeträger (BSG Urt. v. 18.11.2014 – B 1 KR 13/13 R – mit Fokus)	184
	Sicherstellung einer weltweiten Auslandsreisekrankenversicherung durch die GKV (LSG Niedersachsen-Bremen Urt. v. 23.10.2014 – L 1/4 KR 570/12 KL – mit Fokus)	187
	Off-Label-Use – Subkutan statt intravenös verabreichbare Immunglobuline bei vernarbten Venen (LSG Berlin-Brandenburg Urt. v. 16.12.2014 – L 1 KR 185/13)	191
	Schlichtungsverfahren als Zulässigkeitsvoraussetzung für Klagen auf Vergütung von Krankenhausbehandlungen (SG Mainz Urt. v. 12.12.2014 – S 3 KR 398/14)	191
	Abrechnung des Chronikerzuschlags (SG Saarbrücken Urt. v. 28.1.2015 – S 2 KA 178/14)	192
<b>Pflegeversicherungsrecht</b>	Höhe des Pflegegeldes (BSG Urt. v. 8.10.2014 – B 3 P 4/13 R – mit Fokus)	192
	Anspruch auf Verhinderungspflege – Übernahme von Reisekosten für Ferienfreizeit (LSG Schleswig-Holstein Urt. v. 26.11.2014 – L 9 SO 33/11)	195
<b>Rentenversicherungsrecht</b>	Kompensation der Minderung von Rentenansprüchen – Umgestaltung der Bundeswehr (LAG Hamm Urt. v. 19.11.2014 – 5 Sa 315/14)	196

Versicherungspflicht als Zahnarzt in „nicht gleichberechtigter“ Gemeinschaftspraxis ( <i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 12.12.2014 – L 4 R 1333/13</i> )	196
Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung – Tätigkeit als Reinigungskraft ( <i>SG München Beschl. v. 5.1.2015 – S 31 R 2588/13</i> )	197

## Grundsicherungsrecht

Nachhilfeunterricht – Dauer der Förderung ( <i>LSG Sachsen Beschl. v. 18.12.2014 – L 2 AS 1285/14 B ER</i> )	197
Einstweiliger Rechtsschutz bei Eingliederungsverwaltungsakt ( <i>LSG Bayern Beschl. v. 7.1.2015 – L 16 AS 734/14 B ER</i> )	197
Hausverbot im Jobcenter ( <i>SG Heilbronn Beschl. v. 19.11.2014 – S 10 AS 3793/14 ER</i> )	197
Erstattungsanspruch des Grundsicherungsträgers bei rückwirkender Bewilligung von Übergangsgeld ( <i>SG Hannover Schlussurt. v. 6.1.2015 – S 6 R 901/12</i> )	198

## Arbeitsförderungsrecht

Rückforderung von Arbeitslosengeld – Überschreiten der Kurzzeitigkeitsgrenze durch Zeiten bloßer Arbeitsbereitschaft ( <i>LSG Bayern Urt. v. 11.12.2014 – L 10 AL 234/13</i> )	198
---	-----

## Verfahrensrecht

Streitwert einer Untätigkeitsklage ( <i>LSG Bayern Beschl. v. 9.10.2014 – L 5 R 604/14 B</i> )	198
Kein Aussageverweigerungsrecht von Verwandten in Hartz-IV-Verfahren ( <i>LSG Nordrhein-Westfalen Beschl. v. 28.10.2014 – L 19 AS 1880/14 B – Korrigierter Abdruck der bereits in NZS 2015, S. 40 veröffentlichten Entscheidung</i> )	199
Rückwirkende Bewilligung von PKH ( <i>LSG Bayern Beschl. v. 17.11.2014 – L 16 AS 499/14</i> )	199
Gebührenfreiheit des Gerichtsverfahrens für die Bundesagentur für Arbeit bei Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB II ( <i>SG Magdeburg Beschl. v. 16.12.2014 – S 4 SF 3/14 – mit Fokus</i> )	200

## Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen vom **VERLAG C.H.BECK**.  
Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

### NZS Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

#### Verantwortlicher Schriftleiter:

Dr. Gerhard Knorr  
Merseburger Str. 8 a  
80993 München  
Tel. (0 89) 1 49 35 78 priv.  
E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

#### Mitarbeiter der Redaktion:

Karl Habermann, Ltd. MR.a.D.  
Günther Macht, Ltd. MR  
André Scharrer, RiArbG

**Manuskripte:** Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

**Urheber- und Verlagsrechte:** Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

**Anzeigenabteilung:** Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de  
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

**Verlag:** Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-8 02, BLZ 700 100 80. Amtsgericht München, HRA 48 045.

**Erscheinungsweise:** Zweimal im Monat.

**Bezugspreise 2015:** Jahresabo € 329,- (darin € 21,52 MwSt.). **Vorzugspreis** für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang) und Referendare € 299,- (darin € 19,56 MwSt.). Einzelheft € 16,- (darin € 1,05 MwSt.). **Versandkosten** jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur in-

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

**Bestellungen** über jede Buchhandlung und beim Verlag.

#### KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,  
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.  
E-Mail: bestellung@beck.de

**Abbestellungen** müssen 6 Wochen vor Jahreschluss erfolgen.

**Adressenänderungen:** Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

**Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung:** Bei **Anschriftenänderung** des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

**Druck:** Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). **Lieferanschrift:** Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

# Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

4/2015



## INHALT

<b>Aufsätze und Berichte</b>	<i>M. Fuchs</i> , Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Sozialrecht im Jahr 2014	121
	<i>B. Kuchler</i> , Übermittlung (Anbietung) von Unterlagen, die dem Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I unterliegen, an ein Archiv	127
	<i>N. Schaks</i> , Tagungsbericht: 5. Deutscher Sozialgerichtstag – Gegensatz oder Zukunft. Bundeskongress am 20. und 21. November 2014 in Potsdam	131
<b>Buchbesprechungen</b>	<i>Detting/Gerlach</i> , Krankenhausrecht (R. Zuck)	132
	<i>Michael Sattler</i> , AnwaltFormulare Mandanteninformationen (R. Günter)	133
<b>Rechtsprechung</b>		
<b>Verfassungsrecht</b>	Entschädigung wegen unangemessener Verfahrensdauer ( <i>BVerfG Beschl. v. 8.10.2014 – 1 BvR 2186/14 – mit Fokus</i> )	134
<b>Krankenversicherungsrecht</b>	Erstattung von Krankenhausvergütung für stationäre Behandlungen ( <i>BSG Urt. v. 14.10.2014 – B 1 KR 27/13 R – mit Fokus</i> )	136
	Höhe der Beiträge zur freiwilligen Versicherung ( <i>BSG Urt. v. 15.10.2014 – B 12 KR 10/12 R – mit Fokus</i> )	141
	Anspruch des Sozialhilfeträgers auf Kostenerstattung für eine Krankenbehandlung ( <i>BSG Urt. v. 18.11.2014 – B 1 KR 12/14 R</i> )	144
	Beitragsbemessung freiwillig Versicherter – Kein Abzugsbetrag für behinderte Kinder bei Beschäftigung in WfbM ( <i>LSG Nordrhein-Westfalen Urt. v. 9.10.2014 – L 16 KR 388/13 – mit Fokus</i> )	144
<b>Rentenversicherungsrecht</b>	Statusschädliche Unterbrechung einer selbstständigen Tätigkeit ( <i>BSG Urt. v. 30.10.2014 – B 5 RE 11/14 R – mit Fokus</i> )	147
	Verwaltungsaktcharakter einer Abrechnung über eine Rentennachzahlung ( <i>LSG Niedersachsen-Bremen Teilurteil v. 10.12.2014 – L 2 R 494/13</i> )	149
<b>Grundsicherungsrecht</b>	Anspruch auf Mehrbedarf wegen Ausübung des Umgangsrechts ( <i>BSG Urt. v. 4.6.2014 – B 14 AS 30/13 – mit Anmerkung</i> )	149
	Ausschluss von SGB-II-Leistungen für nach SGB III förderungsfähige Berufsausbildungen ( <i>LSG Thüringen Beschl. v. 20.10.2014 – L 4 AS 1070/14 B</i> )	153
	Schonvermögen für Wohnzwecke behinderter Menschen ( <i>LSG Bayern Urt. v. 20.11.2014 – L 7 BK 4/14</i> )	153
	Aufhebung von Sanktionen – Berücksichtigung zwischenzeitlich gewährter Lebensmittelgutscheine als Leistungen an Erfüllung statt ( <i>LSG Bayern Urt. v. 26.11.2014 – L 11 AS 654/14</i> )	153
	Obliegenheit zur Senkung der Unterkunftskosten – Sechsmonatige Schutzfrist ( <i>SG Freiburg Urt. v. 18.12.2014 – S 19 AS 1756/14</i> )	153

## Fachanwalts-Lehrgang Sozialrecht



Leipzig Start: 16.04.2015

Stuttgart Start: 19.11.2015

Weitere Informationen finden Sie unter [www.ARBBER-seminare.de](http://www.ARBBER-seminare.de)

**ARBBER**  
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0  
Fax 07066 - 90 08 22  
Kontakt@ARBBER-seminare.de  
[www.ARBBER-seminare.de](http://www.ARBBER-seminare.de)

### Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:  
**Haufe-Lexware GmbH & Co. KG**  
und **VERLAG C.H.BECK.**

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!



„Tiere gehören für mich zum Leben. Ich möchte, dass es ihnen gut geht – auch wenn ich einmal nicht mehr bin.“

Brigitte Rohde, Trier

Ihr Erbe sorgt für  
das Wohl der Tiere – weltweit.

Gerne senden wir Ihnen Informationen zu.

WSPA Welttierschutzgesellschaft • Bismarckstraße 10 • 10117 Berlin  
Tel. 030-9227228-0 • [www.wspa.de](http://www.wspa.de)

### NZS Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwöchenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

#### Verantwortlicher Schriftleiter:

Dr. Gerhard Knorr  
Merseburger Str. 8 a  
80993 München  
Tel. (089) 1 49 35 78 priv.  
E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion:  
Karl Habermann, Ltd. MR a. D.  
Günther Macht, Ltd. MR  
André Scharer, RiArbG

**Manuskripte:** Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

**Urheber- und Verlagsrechte:** Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

**Anzeigenabteilung:** Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.  
Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.  
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-598, Telefax (089) 3 81 89-599, E-Mail [anzeigen@beck.de](mailto:anzeigen@beck.de)  
Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Bertram Götz.**

**Verlag:** Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ 700 100 80.  
Amtsgericht München, HRA 48 045.

**Erscheinungsweise:** Zweimal im Monat.

**Bezugspreise 2015:** Jahresabo € 329,- (darin € 21,52 MwSt.). **Vorzugspreis** für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang) und Referendare € 299,- (darin € 19,56 MwSt.). Einzelheft € 16,- (darin € 1,05 MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur in-

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

**Bestellungen** über jede Buchhandlung und beim Verlag.

**KundenServiceCenter:**  
Telefon: (089) 3 81 89-750,  
Telefax: (089) 3 81 89-358.  
E-Mail: [bestellung@beck.de](mailto:bestellung@beck.de)

**Abbestellungen** müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

**Adressenänderungen:** Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

**Druck:** Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

# ARBEITS- UND SOZIALRECHTSKARTEI

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Dipl.-Kfm. Eduard Müller  
1210 Wien, Scheydgasse 24, Telefon: 01/24 630, Fax: 01/24 630/51,  
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at



## INHALTSVERZEICHNIS

<b>MONIKA DRS</b> .....	82
Topthema: <b>Allgemeine Mitwirkungsrechte des Betriebsrats bei Fehlverhalten einzelner Arbeitnehmer</b>	
<b>THOMAS RAUCH</b> .....	91
Topthema: <b>Mitwirkung des Betriebsrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten</b>	
<b>Versicherungsmonat in der Pensionsversicherung</b> .....	96
<b>ANNA MERTINZ</b> .....	97
<b>Arbeitsrecht im Außendienst</b>	
<b>ANDREAS GERHARTL</b> .....	105
<b>Schulungsmaßnahmen für Arbeitslose</b>	
<b>ALFRED SHUBSHIZKY</b> .....	115
<b>Praxis-News aus Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht in Kurzform</b>	
<b>EDITH MARHOLD-WEINMEIER</b> .....	118
<b>Aus der aktuellen Rechtsprechung</b>	
● OGH: Gemeindevertragsbedienstete/ Kündigung	● OGH: Änderungskündigung/Anfechtung
● OGH: Geltungsbereichsausnahme des § 1 Abs 2 Z 6 AZG	● OGH: Gleichbehandlungsgrundsatz
	● OGH: Nettolohnvereinbarung

all -  
lgen

Infall

Linde

Linde



---

**IN ALLER KÜRZE**

2

---

**THEMA****Manfred Lindmayr: Die Sperrfrist des § 104a ArbVG bei einvernehmlicher Auflösung des Dienstverhältnisses** 3

Das Arbeitsverfassungsgesetz räumt dem Betriebsrat gewisse Mitwirkungsrechte bei der Auflösung von Dienstverhältnissen ein. Die Pflicht, einen Betriebsrat von einer bevorstehenden Kündigung eines Arbeitnehmers zu verständigen, ist hinlänglich bekannt. Weniger bekannt ist hingegen, dass der Betriebsrat auch bei der einvernehmlichen Auflösung eines Dienstverhältnisses insofern eine gewisse Rolle spielt, als eine solche Auflösungsvereinbarung für einen gewissen Zeitraum nicht wirksam abgeschlossen werden kann, wenn der Arbeitnehmer zuvor noch die Möglichkeit einer Beratung mit dem Betriebsrat verlangt. Dieses „Mitwirkungsrecht“ des Betriebsrats wird im Beitrag näher dargestellt.

---

**RECHTSPRECHUNG****» ARBEITSRECHT**

Keine Anwendung der Lohndumping-Bestimmungen auf Privatpersonen	7
EuGH: Mindestlohn bei Entsendung	8
Lohndumping: Einbeziehung eines „Österreichzuschlags“ in Entgelt	11
Unterentlohnung von 4,33 %: Keine Strafe wegen Lohndumping	12
Unterentlohnung über mehrere Monate von zumindest 6,6 %: Strafe wegen Lohndumping gerechtfertigt	13
Beginn der Verjährungsfrist bei Unterentlohnung bis Ende 2014	13
Unterlassene Lohnzahlung wegen Insolvenz – kein Lohndumping	14

**» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT**

Schadenersatz bei Verletzung der Informationspflicht über Optierung in gesetzten BAGS-KV – Beitragspflicht	14
Einbehaltung zukünftiger Gehaltsbestandteile für Zukunftssicherung – Beitragspflicht	15
Umdeutung von Werk- in Dienstverhältnis – Beitragsnachverrechnung	17

**» LOHNSTEUER UND ABGABEN**

Lebensversicherungsprämien als LSt-pflichtiger Arbeitslohn	17
--	----

---

**ARTIKELRUNDSCHAU**

20

---

**IMPRESSUM**

19



# The European Legal Forum

WU  
WIRTSCHAFTS  
UNIVERSITÄT  
WIEN VIENNA  
UNIVERSITY OF  
ECONOMICS  
AND BUSINESS

D3-271

**Forum iuris communis Europae**

in connection with

**unalex. The Portal to International Law**

[www.unalex.eu](http://www.unalex.eu)

**Edited by**

Thomas Simons  
Rainer Hausmann

**Board of Editors**

Alegría Borrás, Barcelona (ES)  
Sabine Corneloup, Dijon (FR)  
Peter Hay, Atlanta (USA)  
Peter Kindler, Munich (DE)  
Ilaria Queirolo, Genoa (IT)  
Monika Pauknerová, Prague (CZ)  
Andreas Schwartze, Innsbruck (AT)  
Mathijs ten Wolde, Groningen (NL)

Jan Strnad, Determining the Existence of Consent for Choice-of-Court Agreements under the Brussels I-bis Regulation

*ECJ 12 November 2014 – C-656/13 – L. v. M. – unalex EU-613*  
*Brussels IIbis Regulation Article 12(3)*

*ECJ 23 October 2014 – C-302/13 – flyLAL-Lithuanian Airlines – unalex EU-611*  
*Brussels I Regulation Articles 1(1), 22(2), 31 and 34(1)*

*ECJ 23 October 2014 – C-305/13 – Haeger & Schmidt – unalex EU-612*  
*Rome Convention Article 4(1), (2), (4) and (5)*

*ECJ 13 September 2014 – C-318/13 – X – unalex EU-603*  
*Directive 79/7/EEC Article 4*

*ECJ 04 September 2014 – C-327/13 – Burgo Group – unalex EU-606*  
*European Insolvency Regulation Articles 3(2) and 29(b)*

*ECJ Opinion 2/13 – 18 December 2014 – European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms*

*ECJ Opinion 1/13 – 14 October 2014 – 1980 Hague Convention on the civil aspects of international child abduction – Regulation Brussels IIbis*

*High Court, Queen's Bench Division (UK) 06 October 2014 – Gaynor Winrow v. Hemphill and Ageas Insurance Limited – unalex UK-550*  
*Rome II Regulation Article 4(2) and (3)*

*High Court, Chancery Division (UK) 06 August 2014 – Lehmann Brothers Finance A.G. (in liquidation) v. Klaus Tschira Stiftung GmbH – unalex UK-546*  
*Lugano Convention 2007 Articles 27(1), 30*

*OGH (AT) 20 May 2014 – unalex DE-3069 – Brussels I Regulation Article 1*

# CONTENTS

## Private International Law and International Civil Procedure

---

- Jan Strnad*, Determining the Existence of Consent for Choice-of-Court Agreements under the Brussels I-bis Regulation 113

## International and European Procedural Law

---

- ECJ 23 October 2014 – C-302/13 – *flyLAL-Lithuanian Airlines* – Brussels I Regulation Articles 1(1), 22(2), 31 and 34(1) 119
- High Court, Chancery Division (UK) 06 August 2014 – [2014] EWHC 2782 (Ch) – *Lehmann Brothers Finance A.G. (in liquidation) v. Klaus Tschira Stiftung GmbH* – Lugano Convention 2007 Articles 27(1), 30 121
- OGH (AT) 20 May 2014 – 4Ob227/13f – Brussels I Regulation Article 1 123

## Family and Succession Law

---

- ECJ 12 November 2014 – C-656/13 – *L. v. M.* – Brussels IIbis Regulation Article 12(3) 124

## Insolvency Law

---

- ECJ 04 September 2014 – C-327/13 – *Burgo Group* – European Insolvency Regulation Articles 3(2) and 29(b) 127

## Private International Law

---

- ECJ 23 October 2014 – C-305/13 – *Haeger & Schmidt* – Rome Convention Article 4(1), (2), (4) and (5) 129
- High Court, Queen's Bench Division (UK) 06 October 2014 – [2014] EWHC 3164 (QB) – *Gaynor Winrow v. Hemphill and Ageas Insurance Limited* – Rome II Regulation Article 4(2) and (3) 132

## International and European Labour Law

---

- ECJ 13 September 2014 – C-318/13 – *X* – Directive 79/7/EEC Article 4 134

## Information on Current Issues

---

- ECJ Opinion 2/13 – 18 December 2014 – European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms 137
- ECJ Opinion 1/13 – 14 October 2014 – 1980 Hague Convention on the civil aspects of international child abduction – Regulation Brussels IIbis 144

## New Publications

- Table of Abbreviations II
- Conference Calendar III
- Masthead IV

## Inhalt

---

### Editorial

Reimer, Lux Leaks – ein Lichtblick? \_\_\_\_\_ 1

### Fokus

Jansen, Commenting upon European Contract Law \_\_\_\_\_ 2

### Grundfragen

Bachmann, Rezension zu Grünberger, Personale Gleichheit. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Zivilrecht \_\_\_\_\_ 10

### Service

#### Allgemeines Gemeinschafts- und Gemeinschaftsprivatrecht

Grünberger/Podszun, Die Entwicklung des Immaterialgüterrechts im Recht der Europäischen Union in den Jahren 2013/14 – Teil I \_\_\_\_\_ 11

Stein, Rezension zu Jayme/Mansel/Pfeiffer/Stürner (Hrsg.), Jahrbuch für Italienisches Recht 26 (2013), Rechtsvereinheitlichung im Zivil- und Kollisionsrecht \_\_\_\_\_ 25

#### Obligationenrecht (einschl. ziviles Verbraucherschutzrecht)

Piekenbrock, Die geplante Umsetzung der Wohnimmobilienkreditvertragsrichtlinie \_\_\_\_\_ 26

### Familien- und Erbrecht

Dorsel/Schall, Die Umsetzung der ErbVO durch die Europäische Kommission – Ein erster Überblick unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Nachlasszeugnisses \_\_\_\_\_ 36

Baldus, Rezension zu Dutta, Warum Erbrecht? Das Vermögensrecht des Generationenwechsels in funktionaler Betrachtung \_\_\_\_\_ 48

### Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht

Nordmeier, Rezension zu Aubart, Die Behandlung der dépeçage im europäischen Internationalen Privatrecht \_\_\_\_\_ 49

Mankowski, Rezension zu Guinchard (dir.), Le nouveau règlement Bruxelles I bis. Règlement n° 1215/2012 du 12 décembre 2012 concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale \_\_\_\_\_ 49

Neues aus Brüssel \_\_\_\_\_ 51

# European Law Review

Issue 1 February 2015

## Table of Contents

### Editorial

The 40th Anniversary of *European Law Review*

1

### Classics of the First 40 Years

Some Legal Aspects of Fundamental Renegotiations

*Dominik Lasok*

3

### Articles

What is a Leading Case in EU Law? An Empirical Analysis

*Urška Sadl and Yannis Panagis*

15

The New EU Tobacco Products Directive and European Fundamental Rights

*Dirk Uwer and Moritz Rademacher*

35

Surrogacy, Pregnancy and Maternity Rights: A Missed Opportunity for a More Coherent

Regime of Parental Rights in the EU

*Eugenia Caracciolo di Torella and Petra Foubert*

52

Legal Interpretation of EU Framework Directives: A Soft Law Approach

*Emilia Korkea-aho*

70

### Analysis and Reflections

Comment on *Érsekcsanádi Mezőgazdasági*

*Richard Lang*

89

Unfinished Business: Rome II in Practice and the Need for a Hague Convention on

Non-Contractual Obligations

*Emmanuel Guinchard*

100

### Review Article

Making Sense of Constitutional Pluralism: A Review of Klemen Jaklic's *Constitutional*

*Pluralism in the EU*

*Daniel Sarmiento*

110

### Book Reviews

118





**1** 2015  
50. Jahrgang  
Seite 1 – 130

# EUROPARECHT

HERAUSGEGEBEN VON PROF. DR. DR. H.C. CLAUS-DIETER EHLERMANN, ehem. Generaldirektor der EU-Kommission, Rechtsanwalt, Brüssel | PROF. DR. DR. H.C. ULRICH EVERLING, ehem. Richter am EuGH, Universität Bonn | PROF. DR. ARMIN HATJE, Universität Hamburg | PROF. DR. MEINHARD HILF, Bucerius Law School, Hamburg | PROF. DR. DR. H.C. PETER-CHRISTIAN MÜLLER-GRAFF, Universität Heidelberg | PROF. DR. GERT NICOLAYSEN, Universität Hamburg | PROF. DR. HANS-JÜRGEN RABE, Rechtsanwalt, Berlin | PROF. DR. MATTHIAS RUFFERT, Universität Jena | PROF. DR. JÜRGEN SCHWARZE, Universität Freiburg | PROF. DR. DR. H.C. VASSILIOS SKOURIS, Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, Luxemburg | PROF. DR. ULRICH WÖLKER, Juristischer Dienst der EU-Kommission, Brüssel

SCHRIFTFLEITER: PROF. DR. ARMIN HATJE, Universität Hamburg | DR. INGO BRINKER, LL.M., Rechtsanwalt, München

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

*Prof. Dr. Koen Lenaerts, Luxemburg*

Kooperation und Spannung im Verhältnis von EuGH und nationalen Verfassungsgerichten ..... 3

*Sarah Schadendorf, Hamburg*

Die UN-Menschenrechtsverträge im Grundrechtsgefüge der Europäischen Union ..... 28

*Sara Dietz / Thomas Streinz, München*

Das Marktzugangskriterium in der Dogmatik der Grundfreiheiten ..... 50

### RECHTSPRECHUNG

*Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer, Jena*

Ausschluss von ausländischen Unionsbürgern aus deutscher Grundsicherung? ..... 73

*Prof. Dr. Jörg Gundel, Bayreuth*

Der beschränkte Anwendungsbereich des Charta-Grundrechts auf gute Verwaltung: Zur fortwirkenden Bedeutung der allgemeinen Rechtsgrundsätze als Quelle des EU-Grundrechtsschutzes  
Anmerkung zum Urteil des EuGH v. 17. Juli 2014, verb. Rs. C-141/12 u. C-372/12 (Y.S. u. M. u. S./Minister voor Immigratie) ..... 80

## KLEINERE BEITRÄGE, BERICHTE UND DOKUMENTE

*Dr. Sebastian Omlor, Freiburg*

Das europäische Grundrecht auf Stiftung ..... 91

*Dr. Sven Simon, Gießen*

„Whatever it takes“: Selbsterfüllende Prophezeiung am Rande des Unionsrechts?  
Eine unionsrechtliche Bewertung der OMT-Entscheidung der EZB ..... 107

---

### SCHRIFTLEITUNG:

Prof. Dr. Armin Hatje (V.i.S.d.P.) | RA Dr. Ingo Brinker LL.M. | unter Mitarbeit von Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte

### REDAKTIONSANSCHRIFT:

Universität Hamburg | Seminar für Öffentliches Recht und Staatslehre | Rothenbaumchaussee 33 | 20148 Hamburg |  
Telefon 040/428 38 40 81 | Telefax 040/428 38 43 67  
www.eur.nomos.de

### ERSCHEINUNGSWEISE:

6 Ausgaben pro Jahr

### BEZUGSPREISE 2014:

Jahresabonnement 179,- €, für Studierende (jährliche Vorlage einer Studienbescheinigung erforderlich) 101,- € ; Einzelheft 35,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MWSt, zzgl. Vertriebskostenanteil 10,70 €, plus Direktbeorderungsgebühr Inland 2,14 € p.a.

Beihefte die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vorzugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben werden.

### BESTELLMÖGLICHKEITEN:

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

### KÜNDIGUNGSFRIST:

jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

### BANKVERBINDUNG GENERELL:

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BIC PBNKDEFF, IBAN DE07 6601 0075 0073 6367 51 oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: BIC SOLADES1BAD, IBAN DE05 6625 0030 0005 0022 66

### DRUCK UND VERLAG:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG | Waldseestr. 3-5, D-76530 Baden-Baden | Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27

E-Mail nomos@nomos.de

### ANZEIGEN:

Sales friendly Verlagsdienstleistungen Pfaffenweg 15 53227 Bonn | Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820

E-Mail roos@sales-friendly.de

### URHEBER- UND VERLAGSRECHTE:

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages.

Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionen keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen

ISSN 0531-2485



**Nomos**

# Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht



European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

## EuZW 4/2015

25. Februar · 26. Jahrgang 2015 · Seite 121–160

### Inhalt

<b>Gastkommentar</b>	<b>Franz C. Mayer</b> Die EZB vor Gericht – nächste Runde	121
<b>Europa-Report</b>	Beihilfe-, Kartell-, Urheberrecht uvm	123
<b>Korrigendum</b>	Berichtigung zu Omlor, EuZW 2014, 932 (936)	126
<b>Aufsätze und Berichte</b>	<b>Ulrich Soltész</b> Die Entwicklung des europäischen Beihilferechts im Jahre 2014	127
	<b>Frank Altemöller</b> Das Welthandelssystem nach der Ministerkonferenz in Bali: Eine Zukunft für den Multilateralismus?	135
<b>Buchbesprechung</b>	Werner Berg/Gerald Mäsch (Hrsg.): Deutsches und Europäisches Kartellrecht ( <i>Andreas Weitbrecht</i> )	140
<b>Rechtsprechung</b>		
EuGH	04. 12. 2014 – C-295/13 Insolvenzrecht: Zuständigkeit nach EulnsVO für Klagen gegen Geschäftsführer nach § 64 GmbHG ( <b>m. Anm. Peter Kindler, S. 143</b> )	141
EuGH	18. 12. 2014 – C-354/13 Arbeitsrecht: Adipositas eines Arbeitnehmers als Behinderung ( <b>m. Anm. Stephan Pötters, S. 147</b> )	144
EuGH	17. 09. 2014 – C-441/12 Kapitalmarktrecht: Keine Pflicht zur Prospektveröffentlichung bei Zwangsversteigerung	148
EuG	16. 10. 2014 – T-129/13 Beihilferecht: Keine Nichtigkeitsklage gegen Eröffnungsbeschluss bei vollständig durchgeführter Beihilfe ( <b>m. Anm. Georg M. Berrisch, S. 156</b> )	150
OLG Düsseldorf	19. 11. 2014 – VII-Verg 30/14 Vergaberecht: Vorwirkung der neuen EU-Vergaberichtlinie ( <b>m. Anm. Olav Wagner/Jan-Oliver Schrotz, S. 159</b> )	157
BGH	02. 12. 2014 – II ZR 119/14 Insolvenzrecht: EuGH-Vorlage zur Haftung für masseverkürzende Zahlungen der Gesellschaft (Ls.)	160

# European Human Rights Law Review

Issue 1 2015



## Table of Contents

### Opinion

- On Fantasy Island: British Politics, English Judges and the European Convention on Human Rights  
*Professor Conor Gearty* 1

### Bulletin

- Bulletin: Counter-Terrorism and Human Rights** 14

### Articles

- The EU Charter of Fundamental Rights in the Case Law of the European Court of Human Rights  
*Brice Dickson* 27

- Redefining the Role of TPIMs in Combatting “Home-Grown” Terrorism within the Widening Counter-Terror Framework  
*Professor Helen Fenwick* 41

- A Common Law Resurgence In Rights Protection?  
*Roger Masterman and Se-shauna Wheatle* 57

- “Designed to Reduce People ... To Complete Destitution”: Human Dignity in the Active Welfare State  
*Mark Simpson* 66

### Case Analysis

- SAS v France: Fidelity to Law and Conscience  
*John Adenitire* 78

### Case and Comment

- Trabelsi v Belgium 87

- Hassan v United Kingdom 90

- Brunet v France 94

- Gross v Switzerland 96

Hansen v Norway	98
Matelly v France	101
Jeunesse v Netherlands	104
Gough v United Kingdom	106
<b>Book Review</b>	110



## ÉDITORIAL

CJUE - CEDH : 2-0

par Jean-Paul Jacqué.....823

## ARTICLES

La directive 2014/67/UE relative à l'exécution de la directive 96/71/CE concernant le détachement de travailleurs : un premier pas dans une bonne direction

par Alexandre Defossez.....833

Dossier. Vingt ans après la «révolution de novembre» : l'arrêt *Keck* revisité  
Actes de la journée d'étude du 29 novembre 2013 organisée par l'Université Paris Est Créteil et Sciences Po

sous la direction de Edouard Dubout, Anastasia Iliopoulou-Penot, Imola Strehö.....849

En guise d'introduction : la dimension constitutionnelle de l'arrêt *Keck*

par Edouard Dubout.....851

De l'arrêt *Dassonville* à l'arrêt *Keck et Miethouard*

par Robert Kovar.....859

L'arrêt *Keck* et la jurisprudence postérieure du point de vue de la Cour ou comment le juge de l'Union a travaillé son revirement

par Aude Bouveresse.....870-1

How *Keck* should be taught and possibly understood: in search of the "right" interpretation of article 34

par Imola Strehö.....870-13

Forces et faiblesses de l'arrêt *Keck*

par Peter Oliver.....870-21

Unité et fragmentation de la notion d'entrave : l'adoption de l'approche *Keck* au-delà de la libre circulation des marchandises

par Fabio Spitaleri.....871

What the *Keck* are we doing?

par Catherine Barnard.....878-1

En guise de conclusion : pourquoi l'arrêt *Keck* reste-t-il d'actualité ?

par Anastasia Iliopoulou-Penot.....878-9

## CHRONIQUES

Droit du contentieux de l'Union européenne  
par Laurent Coutron.....899

Espace judiciaire européen en matière civile  
par Vincent Égéa  
et Emmanuel Guinchard.....919

Droit européen de la concurrence  
par Laurence Idot.....931

Jurisprudence administrative française  
intéressant le droit de l'Union  
par Dominique Ritleng, Aude Bouveresse et  
Etienne Muller.....952-1

Droit européen de la propriété intellectuelle  
par Edouard Treppoz.....953

## COMMENTAIRES

Application dans l'espace de la  
directive 95/46/CE : la géographie  
du droit à l'oubli  
par Bruno Hardy.....879

Accessible aux abonnés sur [daloz-revues.fr](http://daloz-revues.fr)

→ Editorial . . . . .	1
<i>Von Walter Leiss</i>	

## Amtsmissbrauch und Kontrolle



mit  
Beispiel

→ Tatort Gemeindeamt . . . . .	4
--------------------------------	---

### **Bürgermeister und Kommunalpolitiker als Verbrecher?**

Das Verbrechen des Amtsmissbrauchs ist ein Straftatbestand, der mit Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren, in schweren Fällen sogar bis zu zehn Jahren bedroht ist. Staatsanwaltschaften und Gerichte verfolgen Amtsmissbrauch mit zunehmender Intensität. Nicht nur Beamte im klassischen Sinn, sondern insb auch Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker sind dadurch potentiell der strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt.

*Von Dieter Neger*



mit  
Beispiel

→ Einführung und Umsetzung eines internen Kontrollsystems in Gemeinden . . . . .	9
--	---

### **Einführung und Umsetzung anhand des Beispiels eines Beteiligungsmanagements**

Die öffentliche Hand ist den Haushaltsgrundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit verpflichtet. Ein internes Kontrollsystem unterstützt die Verantwortlichen bei der Erreichung ihrer Ziele. Das System soll aber nicht zum Selbstzweck, sondern mit angemessenen Ressourcen als Selbstverständlichkeit gelebt werden.

*Von Gerhard Pircher, Christoph Nestler und Stefan Schury*

→ Investment Controlling als Instrument des Risikomanagements bei Finanzgeschäften von Gemeinden . . . . .	14
---	----

In den Jahren ab 2008 sind Finanzgeschäfte österr Gebietskörperschaften publik geworden, die zu teilweise hohen Verlusten und in der Folge zu entsprechenden Belastungen der jeweiligen Haushalte geführt haben. Als Reaktion wurden politische Initiativen gestartet, um Richtlinien im Umgang mit Finanzgeschäften vorzugeben. Der Beitrag erläutert die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Finanzgeschäfte von Gemeinden und stellt anschließend Investment Controlling als Instrument eines professionellen Risikomanagements vor.

*Von Stefan Kargl*

Steuer-Radar . . . . .	18
------------------------	----

## Steuerrecht

→ Umsatzsteuerrichtlinien-Wartungserlass 2014 . . . . .	19
---	----

### **Wesentliche Änderungen für Körperschaften öffentlichen Rechts**

Der Wartungserlass zu den Umsatzsteuerrichtlinien vom 14. 11. 2014 (BMF-010219/0495-VI/4/2014) enthält auch in diesem Jahr einige Änderungen für Körperschaften öffentlichen Rechts. Die wesentlichen Anpassungen davon werden im Beitrag dargestellt.

*Von Barbara Peneder und Susanne Reisinger*

## Öffentliches Recht

→ Gemeindezusammenlegungen und Sachlichkeitsgebot . . . . .	22
---	----

Schon in der Vergangenheit haben Gemeindezusammenlegungen den VfGH beschäftigt. Im Mittelpunkt des Beitrags stehen die 2014 ergangenen Erkenntnisse des VfGH zur jüngsten Gemeindestrukturreform in der Steiermark.

*Von Maria Bertel*

→ Die Ausgestaltung von Public Private Partnerships als moderne Form der Privatisierung ..... 27

Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der österreichischen Gemeinden haben sich insb im Rahmen von Überlegungen zur Effizienzsteigerung Public Private Partnerships (PPP) zu einer vieldiskutierten Alternative der kommunalen Aufgabenerledigung entwickelt. Einführend werden hierzu die rechtlichen Grundlagen der Gemeindeaufgaben dargestellt. Sodann erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „PPP“ sowie mit verschiedenen PPP-Gestaltungsmöglichkeiten. In Ergänzung dazu gibt dieser Beitrag einen Überblick über die unterschiedlichen Formen der Privatisierung und diskutiert deren Eignung als Grundlage einer PPP.

*Von Marie Christine Lumper*



→ Bezüge von Gemeindeorganen nach dem OÖ Gemeinde-Bezügegesetz 1998 ..... 36

**Mit Hinweisen auf die Regelungen anderer Bundesländer**

Das OÖ Gemeinde-Bezügegesetz 1998 bildet die gesetzliche Grundlage für die Bezüge der Bürgermeister aller Gemeinden in Oberösterreich, darüber hinaus in Statutarstädten auch für die Bezüge der sonstigen Mitglieder der Stadtsenate. Der Beitrag gibt einen Überblick über die Regelungssystematik und setzt sich kritisch mit § 2 Abs 4 a auseinander, der eine Kürzung der Bezüge für die hauptberufliche Funktionsausübung vorsieht, wenn zugleich ein Anspruch auf Geldleistungen aus einem Ruhe- oder Versorgungsbezug, aus einer gesetzlichen Pensions- oder Arbeitslosenversicherung oder einer betrieblichen Pensionsvorsorge besteht. Auf die bezügerechten Regelungen anderer Bundesländer wird überblicksartig hingewiesen.

*Von Carsten Roth*

## Zivilrecht

→ Nachbarrechtlicher Immissionsabwehranspruch gegen „Müllinsel“? ..... 42

Basierend auf einer kürzlich ergangenen höchstgerichtlichen Entscheidung wird in dem Beitrag der Frage nachgegangen, ob ein nachbarrechtlicher Abwehranspruch gegen Immissionen aus einer der Müllabfuhr dienenden öffentlichen Müllsammelstelle auf dem Zivilrechtsweg geltend gemacht werden kann. Näher zu erörtern ist in weiterer Folge auch die Passivlegitimation eines von der Gemeinde beauftragten Müllentsorgungsunternehmens, das Aufgaben im Bereich der Müllabfuhr wahrnimmt.

*Von Melanie Schlager*

## Finanzierung

→ Die Gemeindefinanzen im Fokus: Gemeindefinanzbericht 2014 ..... 50

**Haushaltsdisziplin – die neue Normalität**

Die Zahlen im Gemeindefinanzbericht 2014 belegen, dass sich der bereits in den Vorjahren absehbare stabile Trend bei den österr Gemeindefinanzen fortsetzt. Die Haushaltsdisziplin spiegelte sich in soliden Überschüssen bei den wichtigsten Kennzahlen der kommunalen Finanzpolitik (Saldo der laufenden Gebarung, Maastricht-Ergebnis und freie Finanzspitze) sowie in einem weiteren Schuldenabbau und Rücklagenaufbau wider. Zudem agierten die Kommunen investitionsfreudiger als im Jahr zuvor und erfüllten somit ihre wichtige Rolle für die regionale Standortsicherung.

*Von Kalin Nedyalkov*

Gemeindesteuerkalender ..... 28 (Heftmitte)

## Standards

→ Impressum ..... 1

ZEITSCHRIFT FÜR

# ABGABEN-, FINANZ- UND STEUERRECHT

BFG-ERKENNTNISSE ZUM ABGABEN- UND STEUERRECHT

WU  
D3-244  
WIRTSCHAFTS  
UNIVERSITÄT  
WIEN VIENNA  
UNIVERSITY OF  
ECONOMICS  
AND BUSINESS

2015 / Nr. 1, Seiten 1–40



## Steuer & Service

- 2 Steuerprüfung: quo vadis? (Teil 12 von 15)
- 14 Umfassende Amtshilfe im Bereich Steuern vom Einkommen – „Staatenliste“ ab 1.1.2015 (BMF-Info)
- 15 Rulinganträge gemäß § 118 BAO mit internationalen Bezügen (BMF-Info)

## Bundesfinanzgericht

- 16 BFG-kompakt – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
- 19 Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastung
- 22 Direktvorschreibung der KESt beim Gesellschafter – mit oder ohne Ermessensübung?
- 24 Säumniszuschlag: Grobes Verschulden – Fehler im Management
- 26 Säumniszuschlag im Falle einer erwarteten USt-Gutschrift bei der Jahresveranlagung
- 27 Kilometergelder einer Gemeinderätin
- 28 „Fristverlängerungsantrag“ per E-Mail?
- 29 Kfz-Sachbezugswert bei Berechnung der lohnabhängigen Abgaben – Nachweisführung des Ausmaßes der Privatnutzung

## Verwaltungsgerichtshof

- 31 Anhängige Amtsrevisionen
- 33 Geringfügige Schreibfehler in einer Rechnung – Vorsteuerabzug

Herausgeber: Hubert W. Fuchs und Klaus Hilber

# INHALT



## STEUER & SERVICE

- 2 Steuerprüfung: quo vadis? (Teil 12 von 15)  
(Markus Scheiblauer)
- 14 Umfassende Amtshilfe im Bereich Steuern vom Einkommen – „Staatenliste“ ab 1.1.2015 (BMF-Info)  
BMF-010221/0844-VI/8/2014 vom 27.1.2015  
(Hubert W. Fuchs)
- 15 Rulinganträge gemäß § 118 BAO mit internationalen Bezügen (BMF-Info)  
BMF-010221/0787-VI/8/2014 vom 23.12.2014  
(Hubert W. Fuchs)

## BUNDESFINANZGERICHT

- 16 BFG-KOMPAKT – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse  
(Klaus Hilber)
- 19 Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastung  
BFG vom 16.9.2014, RV/6100324/2014 (Klaus Hilber)
- 22 Direktvorschreibung der KEST beim Gesellschafter – mit oder ohne Ermessensübung?  
BFG 3.10.2014, RV/5100083/2013 (Hubert W. Fuchs)
- 24 Säumniszuschlag: Grobes Verschulden – Fehler im Management  
BFG 9.12.2014, RV/7104923/2014 (Hubert W. Fuchs)
- 26 Säumniszuschlag im Falle einer erwarteten USt-Gutschrift bei der Jahresveranlagung  
BFG 18.12.2014, RV/7101944/2012 (Hubert W. Fuchs)
- 27 Kilometergelder einer Gemeinderätin  
BFG 16.10.2014, RV/7101355/2014 (Hubert W. Fuchs)
- 28 „Fristverlängerungsantrag“ per E-Mail?  
BFG 6.8.2014, RV/6100632/2009 (Hubert W. Fuchs)
- 29 Kfz-Sachbezugswert bei Berechnung der lohnabhängigen Abgaben – Nachweisführung des Ausmaßes der Privatnutzung  
BFG 30.10.2014, RV/4100302/2010 (Klaus Hilber)

## VERWALTUNGSGERICHTSHOF

- 31 ANHÄNGIGE AMTSREVISIONEN  
(Hubert W. Fuchs)
- 33 Geringfügige Schreibfehler in einer Rechnung – Vorsteuerabzug  
VwGH 27.2.2014, 2013/15/0287 (Klaus Hilber)

## SERVICE-TEIL

- 36 Buchbesprechungen
- 39 Herausgeber
- 39 Autoren
- 40 Impressum und Offenlegung

# VERGABERECHT

RECHT UND PRAXIS DER ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSVERGABE

Februar 2015 / Nr. 1, Seiten 1–72



## Entscheidungsbesprechungen

- 4 Kreditschädigende Äußerungen über Mitbewerber in Vergabeverfahren  
Philipp Götzl/Clemens Thiele
- 12 Die Ex-ante Transparenzbekanntmachung ist kein Persilschein für rechtswidrige  
Direktvergaben  
Johannes Stalzer

## Judikatur

- 17 Kreditschädigende Äußerungen über Mitbewerber in Vergabeverfahren
- 19 Fristenregelung für Feststellungsantrag als Voraussetzung für Schadenersatzklage  
nicht unbedenklich
- 26 Die grundsätzliche Bedeutung der Rechtsfrage für die Revision
- 28 Gesondert anfechtbare Entscheidungen bei nicht prioritären Dienstleistungsaufträgen
- 31 Zu den Säumnisfolgen des § 313 BVergG 2006 und deren Schranken
- 35 Inhaltlich ungenügende Verbesserung rechtfertigt keine Wiederaufnahme
- 37 Transportstrecke für Asphalttransporte ist rechtskonformes Zuschlags- und Musskriterium
- 43 Ausschreibung mit unkalkulierbaren Risiken
- 50 Unzulässige Umgehung des BVergG bei der Auftragsvergabe „Druck der  
Abendprogramme Salzburger Festspiele 2014“
- 56 Eignungsanforderungen bei Altlastensanierungsprojekten
- 64 Nichtigerklärung der Zuschlagsentscheidung trotz Ausscheidensgrundes im Angebot  
des Antragstellers

Herausgeber: Michael Breitenfeld, Stephan Heid



# INHALT

## EDITORIAL

- 1 Wie die Parteistellung im Nachprüfungsverfahren das Vergabeverfahren (zer)stört

## ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN

- 4 Kreditschädigende Äußerungen über Mitbewerber in Vergabeverfahren  
Philipp Götzl/Clemens Thiele
- 12 Die Ex-ante Transparenzbekanntmachung ist kein Persilschein für rechtswidrige Direktvergaben  
Johannes Stalzer

## JUDIKATUR

### OGH

- 17 Kreditschädigende Äußerungen über Mitbewerber in Vergabeverfahren  
OGH 17. 7. 2014, 4 Ob 100/14f – „Vergabekontrollsenat W“ (Philipp Götzl/Clemens Thiele)

### VwGH

- 19 Fristenregelung für Feststellungsantrag als Voraussetzung für Schadenersatzklage nicht unbedenklich  
VwGH 25. 3. 2014, EU 2014/0002-1 (2011/04/0121) (Raimund Madl)
- 26 Die grundsätzliche Bedeutung der Rechtsfrage für die Revision  
VwGH 22. 7. 2014, Ro 2014/04/0055 – „Donau-Hochwasserschutz“ (Sonja Vrbovszky)
- 28 Gesondert anfechtbare Entscheidungen bei nicht prioritären Dienstleistungsaufträgen  
VwGH 17. 9. 2014, 2013/04/0149 – „Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung über Sicherheitsdienste“  
(Stephan Heid / Berthold Hofbauer)
- 31 Zu den Säumnisfolgen des § 313 BVergG 2006 und deren Schranken  
VwGH 17. 9. 2014, 2013/04/0061 – „A – Unterstützung des Sicherheitsdienstes“ (Michael Kröswang)
- 35 Inhaltlich ungenügende Verbesserung rechtfertigt keine Wiederaufnahme  
VwGH 17. 9. 2014, Ro 2014/04/0055 – „Donau-Hochwasserschutz 2“ (Sonja Vrbovszky)

### BVwG

- 37 Transportstrecke für Asphalttransporte ist rechtskonformes Zuschlags- und Musskriterium  
BVwG 25. 7. 2014, W138 2008703-2/14E – „Asphalttransporte“ (Franz Josef Arztmann)
- 43 Ausschreibung mit unkalkulierbaren Risiken  
BVwG 27. 8. 2014, W139 2008219-1/30E – „KGKK; Inkontinenzversorgung“ (Beatrix Lehner)
- 50 Unzulässige Umgehung des BVergG bei der Auftragsvergabe „Druck der Abendprogramme Salzburger Festspiele 2014“  
BVwG 17. 9. 2014, W134 2009496-1/30E – „Abendprogramme Salzburger Festspiele 2014“ (Franz Josef Arztmann)
- 56 Eignungsanforderungen bei Altlastensanierungsprojekten  
BVwG 19. 9. 2014, W139 2009635-2/24E – „Teerfabrik Rütgers-Angern“ (Claus Casati)

### LVwG Vorarlberg

- 64 Nichtigkeitsklärung der Zuschlagsentscheidung trotz Ausscheidensgrundes im Angebot des Antragstellers  
VwG VlbG 7. 8. 2014, LVwG-314-002/S1-2014 – „Neubau einer Doppeltturnhalle“ (Hubert Reisner)
- 70 Autoren
- 72 Impressum

# baurechtlich blätter:bbi

WU  
D3-2125  
WIRTSCHAFTS  
UNIVERSITÄT  
WIEN VIENNA  
UNIVERSITY OF  
ECONOMICS  
AND BUSINESS



baurechtliche blätter:bbi

Herausgeber und Schriftleitung:  
K. Giese, D. Jahnel

Beirat:

A. Kanonier, G. Kienastberger,  
W. Kirchmayer, W. Kleewein,  
A. Kreiner, S. Miessgang,  
R. Mikulits, R. Moritz,  
H. Neuhofer, K. Petermandl,  
P. Trippl, A. Waldstätten

Ständige Mitarbeiter:

M. Auer, B. Eggelmeier-Schmolke,  
H. Hinterhofer, F. Keschmann

Redaktionsassistentz:

H. Stummer

Heft 1, Februar 2015

18. Jahrgang

## Schwerpunkt

Wiener Baurechtsreform 2014

## Aufsätze

SR Dr. Wolfgang Kirchmayer

Die Bauordnungsnovelle 2014 und weitere  
Neuerungen im Wiener Baurecht 1

RA Mag. Martin Trapichler

Befristete Baulandwidmung und Vertrags-  
raumordnung als neue Instrumente der  
Raumordnung nach der wr BauO-Novelle  
2014 – Teil 1 16

Mag. Dr. Florian Schiffkorn

Über das Rechtsinstitut der aufschiebenden  
Wirkung in der oö BauO 23

## Rechtsprechung

Öffentliches Recht 26

Burgenland 26 · Kärnten 27 · Niederöster-  
reich 29 · Oberösterreich 29 · Salzburg 31 ·  
Steiermark 32 · Tirol 34 · Vorarlberg 35 ·  
Wien 35

Zivilrecht 36

Vergaberecht 40

Neues Baurecht 43

Kärnten 43 · Niederösterreich 43 · Oberösterreich 43 ·  
Salzburg 43 · Steiermark 44 · Tirol 44 · Vorarlberg 46 ·

Impressum 46

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

### INHALT 5 · 2015

DVBI aktuell  
Vorschau/Impressum

III Kirsten Meyer, Adaptionenplanung. Wie die  
VII Raumordnung auf die Herausforderung Klima-  
wandel reagieren kann  
Dr. Boas Kümper, Münster **S. 298**

#### Aufsätze

Fachplanungs- und Umweltrecht in der  
Rechtsprechung des BVerwG  
VRiBVerwG Dr. Wolfgang Bier, Leipzig

265 **Europäischer Gerichtshof**  
EuGH, Gr. K., U. v. 18.12.2014 – C-562/13 –  
Mindestnormen für die Durchsetzung von  
Rückkehrentscheidungen für Flüchtlinge –  
mit Anmerkung Frenz **S. 300**

6 Jahre »Anhänger-Rechtsprechung« zu Art. 34  
Alt. 2 AEUV (insbesondere Lahousse, Ker Optika,  
Guarnieri, Alands, Essent II, ANETT, Pelckmans)  
Diplom-Jurist Francisco Joel Reyes y Ráfales,  
Cambridge

268 **Oberverwaltungsgerichte und  
Verwaltungsgerichtshöfe**  
OVG RP, U. v. 18.12.2014 – 8 A 10642/14 – n.r. –  
Zur Auslegung eines städtebaulichen Vertrages **S. 305**

Fußballveranstaltungen und Polizeikosten –  
Die Verfassungsmäßigkeit einer kostenrechtlichen  
lex-Fußball in Bremen  
Wiss. Mitarbeiter Nicolas Klein, Göttingen

275 **OVG NRW, U. v. 30.9.2014 – 8 A 460/13 –**  
Gemeinde muss Erweiterung eines Steinbruchs  
nicht dulden **S. 309**

Die bedingte Zulässigkeitserklärung im Rahmen  
von Sonderkündigungsschutzverfahren nach § 9  
MuSchG und § 18 BEEG  
Assessor Dr. Birger T. Hansen, Darmstadt

283 **Bay VGH, B. v. 1.12.2014 – 22 ZB 14.1594 –**  
Wohnnutzung im Außenbereich muss mit Errichtung  
dort privilegierter Windkraftanlagen rechnen **S. 314**

#### Berichte

Speyerer Vergaberechtstage 2014  
Dr. Johannes Wagner, Berlin

283 **Nds OVG, U. v. 16.12.2014 – 10 LC 96/13 –**  
Keine Gewährung einer Ausgleichszulage bei  
Betriebssitz außerhalb des Landes  
der Antragstellung **S. 318**

291 **OVG RP, U. v. 6.11.2014 – 8 A 10469/14 – n.r. –**  
Verbot des Einfangens von Wildtieren **S. 322**

#### Buchbesprechungen

Philipp Hölzing, Republikanismus. Geschichte und  
Theorie, Grundlagen der Rechtsphilosophie Bd. 2.  
Prof. Dr. Helmut Goerlich, Munsingen

**Verwaltungsgericht**  
VG Düsseldorf, B. v. 17.12.2014 – 40 L 2451–14-PVL –  
Verpflichtung, Personalrat zur weiteren Freistellung  
vorzuschlagen – mit Anmerkung Wolf **S. 325**

Marcus Höreth, Verfassungsgerichtsbarkeit in der  
Bundesrepublik Deutschland  
Prof. Dr. Christian Pestalozza, Berlin

294

295

Hans Herbert von Arnim (Hrsg.), Volkssouveränität,  
Wahlrecht und direkte Demokratie, Beiträge auf  
der 14. Speyerer Demokratietagung vom 6. bis  
07.12.2012 an der Deutschen Universität für  
Verwaltungswissenschaften Speyer  
Dr. jur. Klaus Schönenbroicher, Düsseldorf

295

Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann  
(Hrsg.), Gewaltenteilung im Verfassungsstaat:  
Grenzüberschreitungen und Konfliktlösungen.  
Symposium zu Ehren von Klaus-Eckart Gebauer  
Dr. Adolf Rebler, Regierungsamtsrat, Regensburg

296

Christina Schaefer/Frank Witte,  
Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in Kommunen:  
Erstellung, Prüfung, Interpretation  
Dr. Klaus Ritgen, Berlin

297

Beilagenhinweis:  
Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage  
der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.  
Wir bitten um freundliche Beachtung.

# Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und  
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause  
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.

5 2015

## Inhalt

### Aufsätze

- T. Jacob/M. Lau*, Beurteilungsspielraum und Einschätzungsprärogative – Zulässigkeit und Grenzen administrativer Letztentscheidungsmacht am Beispiel des Naturschutz- und Wasserrechts 241
- M. Seckelmann*, „Föderalismusreform III“ im Wissenschaftsbereich? 248
- M. Passarge*, Compliance bei Unternehmen der öffentlichen Hand 252
- M. Faber*, Die verfassungs- und europarechtliche Bewertung von Tarif- treue- und Mindestentgeltregelungen in Landesvergabegesetzen 257
- S. Heise*, Überwälzung von Einsatzkosten der Polizei bei Spieldaus- tragungen im Profifußball – Der gebührenrechtliche Ansatz 262

### Kurze Beiträge

- W. Mosbacher*, Die reformierte Optionspflicht im Staatsangehörigkeits- recht 268

### Zur Rechtsprechung

- A. Uhle*, Abschied vom engen Familienbegriff 272

### Buchbesprechungen

- H. D. Jarass/B. Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (*U. Kramer*) 275
- I. v. Münch/G. Siebeck*, Der Autor und sein Verlag (*H. Weber*) 276
- A. Thiele*, Europäisches Prozessrecht (*Red.*) 276

### Rechtsprechung

- EGMR 4. 3.14 – 7552/09 Keine Steuerbefreiung für Tempel der Mormonen 277
- EuGH 18. 12.14 – C-568/13 Teilnahme von öffentlichen Einrichtungen an Vergabe öffentlicher Aufträge 280  
Anm. *O. Otting* 283
- EuGH 18. 12.14 – C-202/13 Einreise und Aufenthalt drittstaatsangehöriger Familienmitglieder 284
- BVerfG 5. 11.14 – 1 BvF 3/11 Vereinbarkeit des Luftverkehrsteuergesetzes mit dem Grundgesetz 288  
Anm. *M. Schladebach* 294
- BVerfG 24. 6.14 – 1 BvR 2926/13 Berücksichtigung der Großeltern bei Auswahl eines Vormunds (Ls.) 295
- BVerfG 8. 10.14 – 1 BvR 2186/14 Entschädigungsklage wegen überlanger Verfahrensdauer 296

BVerwG	12. 11. 14 – 9 C 7/13	<b>Anwendungsbereich einer satzungsrechtlichen Tiefenbegrenzung</b>	298
BVerwG	11. 9. 14 – 4 CN 3/14	Bestandssichernde Festsetzung von Wohnhäusern in Wochenendhausgebiet	301
OVG Münster	30. 10. 14 – 8 B 721/14	<b>Veröffentlichung des Berichts über die Umweltinspektion im Internet</b>	304
		Anm. M. Ehrmann	309
BGH	26. 6. 14 – III ZR 299/13	Erweiterung des Vertragsgegenstandes durch ergänzende Vertragsauslegung	310

## NVwZ aktuell

In eigener Sache, NJW	VII
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	VII
Rechtsprechung in Leitsätzen	VIII
Gesetzgebungsverfahren	VIII
Veranstaltungen	IX



ISSN 0721-880X

### NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

**Schriftleitung und Verlagsredaktion:**  
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.  
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 110241, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.  
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

**Manuskripte:** Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

**Urheber- und Verlagsrechte:** Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

**Anzeigenabteilung:** Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de  
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz.*

**Verlag:** Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ 700 100 80.

**Erscheinungsweise:** Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

**Bezugspreise 2015:** NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 149,50 (darin € 9,78 MwSt.); *Vorzugspreis* für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 132,50 (darin € 8,67 MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 16,- (darin € 1,05 MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 237,50 (darin € 15,54 MwSt.); *Vorzugspreis* (w. o.) halbjährlich € 212,50 (darin € 13,90 MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 24,50 (darin € 1,60 MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

**Versandkosten** jeweils zuzüglich.

**Bestellungen** über jede Buchhandlung und beim Verlag.

**KundenServiceCenter:** Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358, E-Mail: bestellung@beck.de

**Abbestellungen** müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

**Adressenänderungen:** Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

**Druck:** Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

→ Editorial .....	1
<b>Das vergessene Umweltgesetz – oder: Ein Quiz für Umweltjuristen</b> <i>Von Wilhelm Berghaler, Ferdinand Kerschner und Eva Schulev-Steindl</i>	

Schnell und aktuell .....	4
---------------------------	---

## Beiträge

→ Die höchstgerichtliche Rechtsprechung im Umwelt-Verwaltungsstrafrecht 2013 Wenngleich sich die Rspr des VwGH im Bereich des Umwelt-Verwaltungsstrafrechts 2013 – wie auch die Jahre zuvor – durch weitgehende Kontinuität auszeichnet, beschreitet das Höchstgericht in einzelnen Judikaten – etwa zum Tatort bei Verletzung von Meldepflichten – durchaus neue Wege. <i>Von Wolfgang Wessely</i>	5
---	---

→ Gegen die „Besachwalterung“ im UVP-Recht .....	10
<b>Zur Rechtswidrigkeit der Bindungswirkung von UVP-Feststellungsbescheiden</b> Stellt die UVP-Beh gem § 3 Abs 7 UVP-G mit Bescheid fest, dass für ein bestimmtes Projekt keine UVP durchzuführen ist, so ist das Projekt nach einschlägigen Materiengesetzen (etwa GewO) zu genehmigen. In diesem (nachfolgenden) Genehmigungsverfahren wird den Beteiligten, wie etwa Nachbarn iSd § 75 GewO, die Bindungswirkung des UVP-Feststellungsbescheides entgegengehalten, obwohl sie diesen zuvor weder verwaltungsbehördlich noch gerichtlich überprüfen konnten. Nach bisheriger Rechtslage wird die betroffene Öffentlichkeit nämlich durch anerkannte Umweltorganisationen und die Amtsparteien mediatisiert (bzw, wie unten dargelegt, „besachwaltert“). Dass diese Bindungswirkung von UVP-FeststellungsB gegenüber den nicht beteiligten Nachbarn qualifiziert rechtswidrig ist, wird am Beispiel des beim EuGH derzeit anhängigen Vorabentscheidungsverfahrens C-570/13, <i>Gruber</i> , deutlich, das auf den Vorlagebeschluss des VwGH zurückgeht und in dem am 13. 11. 2014 die Schlussanträge der Generalanwältin verkündet wurden. <i>Von Wolfgang List und Piotr Pyka</i>	

→ Nachhaltigkeit im Vergaberecht .....	17
Am 17. 4. 2014 traten die neuen EU-Vergabe-RL in Kraft. Sie beinhalten Möglichkeiten, jedoch keine Pflichten zur verstärkten Einbeziehung und Berücksichtigung von ökologischen Aspekten bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Auch im BVergG finden sich ökologische Bestimmungen, die im Beitrag untersucht werden. <i>Von Beate Geretschlager</i>	

## Europarecht

*Bearbeitet von Verena Madner und Julia Kager*

→ Allgemeines, Biodiversität .....	24
→ Energie, Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung	25
→ Klimaschutz .....	26
→ Wasserrecht .....	27

## Bundesrecht

*Bearbeitet von Nicolas Raschauer und Stefanie Werinos*

→ Energierecht, Luftreinhaltung .....	27
→ Pflanzenschutzrecht, Wasserrecht .....	28
→ Völkerrecht .....	29

## Landesrecht

*Bearbeitet von Nicolas Raschauer und Stefanie Werinos*

→ Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich . . . . .	29
→ Salzburg, Steiermark . . . . .	30
→ Tirol, Vorarlberg, Wien . . . . .	31

## RdU-Leitsatzkartei

→ RdU-LSK 2015/1 – 7 . . . . .	31
--------------------------------	----

## Rechtsprechung

→ Wasserdienstleistungen – Reichweite des Kostendeckungsprinzips nach Art 9 WRRL – zur Auslegung des Begriffs „Wasserdienstleistungen“ . . . . . <b>EuGH 11. 9. 2014, C-525/12</b> <i>Mit Anmerkung von Florian Stangl</i>	33
→ Behandlungsauftrag – Rechtsnachfolge bei abfallwirtschaftsrechtlichen Behandlungsaufträgen . . . . . <b>VwGH 20. 2. 2014, 2013/07/0164</b> <i>Mit Anmerkung von Andreas Huber</i>	38
→ Recht auf Leben und Gesundheit – Unterlassungsanspruch gegen die Wiederinbetriebnahme der Atomreaktoren 3 und 4 in Oi, Japan . . . . . <b>Präfekturgericht Fukui, U v 21. 5. 2014</b> <i>Mit Anmerkung von Ferdinand Kerschner</i>	41



## Bericht

→ Auflösung des Quiz für Umweltjuristen . . . . . <b>Was war das „vergessene Umweltgesetz“ im Editorial dieses Heftes?</b> <i>Von Wilhelm Bergthaler, Ferdinand Kerschner und Eva Schulev-Steindl</i>	44
---	----

## Standards

→ Impressum . . . . .	1
→ Veranstaltungen und Seminare . . . . .	44

## Umwelt und Technik

→ Editorial . . . . . <b>Neuer Kummer mit der Kumulation?</b> <i>Von Wilhelm Bergthaler</i>	1
→ Die Genehmigung von Städtebauvorhaben: Besonderheiten des UVP-Verfahrens . . . . . <i>Johannes Hartlieb</i>	2
→ Radon 222: Einheitliche Verfahren zur Messung der Belastung . . . . . <i>Johannes Stern</i>	10

→ Editorial .....	73
<i>Von Karl-Heinz Danzl</i>	

## Beitrag

→ Bemerkenswerte schadenersatzrechtliche Entscheidungen des OGH aus dem Jahr 2014 .....	75
<i>Von Karl-Heinz Danzl</i>	

## Bericht

→ Safe & Sober – Alkohol-Wegfahrsperrern für Europas Kampf gegen alkoholisierte Fahrer .....	99
<b>Internationale Experten diskutierten in Wien den Einsatz von Alkohol-Wegfahrsperrern zur nachhaltigen Reduktion von Alkoholunfällen</b> <i>Von Christoph Feymann</i>	

## Rechtsprechung

→ Kosten für Einbau eines Treppenlifts als vermehrte Bedürfnisse .....	100
<b>47: OGH 25. 6. 2014, 2 Ob 48/14v</b> <i>Mit Anmerkung von Christian Huber</i>	

## Judikaturübersicht Verwaltung

→ StVO .....	104
<b>48: VwGH 10. 10. 2014, 2013/02/0276</b> 3,9m Abweichung beim Aufstellen einer Ortstafel, geringfügige Abweichung	
<b>49: VwGH 10. 10. 2014, 2012/02/0159</b> .....	105
Transport mehrerer Personen am Fahrrad, eigene Halteinrichtung muss vorhanden sein	
<b>50: VwGH 10. 10. 2014, 2012/02/0159</b> .....	105
Gelben Rückstrahlern an Pedalen gleichwertige Einrichtungen müssen Bewegungsmoment der Pedale sichtbar machen	
→ KFG .....	105
<b>51: VwGH 10. 10. 2014, Ro 2014/02/0114</b> Ein der deutlichen Lenkeranfrage angeschlossenes Antwortformular ist bloße Hilfestellung für den Zulassungsbesitzer	
→ FSG .....	106
<b>52: VwGH 21. 8. 2014, Ra 2014/11/0007</b> Elektronisch überwachter Hausarrest, Bedeutung für Verkehrszuverlässigkeitsprognose	
→ VwGG .....	107
<b>53: VwGH 10. 10. 2014, Ra 2014/02/0093</b> Unter „Verwaltungsstrafsache“ sind auch rein verfahrensrechtliche Entscheidungen zu verstehen	

## Standards

→ Impressum .....	73
→ Buchbesprechungen .....	108
→ Veranstaltungen & Seminare .....	108

# Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und  
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause  
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.

4 2015

## Inhalt

Aufsätze		<i>H. Schmitz/H. Grefrath</i> , Die Neujustierung der Vorsorge für die Stilllegung der Kernkraftwerke – Stiftung oder Versorgungsfonds?	169
		<i>C. Franzius</i> , Fahrrinnenanpassungen der Weser und Elbe	176
		<i>D. Hörauf</i> , Das neue Antiterrordateigesetz	181
		<i>M. Zabel</i> , Die geplante Infrastrukturabgabe („Pkw-Maut“) im Lichte von Art. 92 AEUV	186
Forum		<i>W. Leisner</i> , Die Toten von Paris – Eine Mahnung zu „Recht in Ruhe“	191
Kurze Beiträge		<i>T. Schmitt/S. Wohlrab</i> , „Richtiger“ Klagegegner bei Maßnahmen im Rahmen der Auftragsverwaltung nach Art. 85 GG am Beispiel des „Moratoriums“ für Kernkraftwerke	193
Zur Rechtsprechung		<i>U. Berlit</i> , Elektronische Verwaltungsakten und verwaltungsgerichtliche Kontrolle	197
		<i>R. Korves</i> , Ewiges Recht? Zur Anspruchsverjährung bei der Haftung für Umwelteinwirkungen	200
Buchbesprechungen		<i>M. Altrock / V. Oschmann / C. Theobald</i> , Erneuerbare-Energien-Gesetz ( <i>M. Maslaton</i> )	203
		<i>T. Meder / W. Brechmann</i> , Die Verfassung des Freistaates Bayern ( <i>M. Burgi</i> )	204
Rechtsprechung			
EGMR	11. 3.14– 52067/10 ua	Verjährung von Schadensersatzansprüchen wegen Umweltschäden	205
EuGH	11. 12. 14– C-440/13	Vorläufiger Zuschlagsempfänger bei der Auftragsvergabe	207
BVerfG	16. 12. 14– 2 BvE 2/14	Neutralitätsgebot für Mitglieder der Bundesregierung – Fall Schwesig Anm. <i>S. Tanneberger / H. Nemeček</i>	209 215
BVerfG	16. 12. 14– 2 BvE 2/12	Rechte von Mitgliedern der Bundesversammlung – Wahl Gauck	216
BVerfG	4. 12. 14– 2 BvE 3/14	Unzulässiges Organstreitverfahren – Edward Snowden	218
BVerwG	26. 6. 14– 4 C 3/13	Beschädigung einer kerntechnischen Anlage durch einen Flugzeugabsturz	220
BVerwG	3. 9. 14– 6 C 19/13	Kündigungsentgelte für Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung Anm. <i>C. Heinicke</i>	225 231
BVerwG	11. 9. 14– 4 CN 1/14	Bekanntmachung der Arten verfügbarer Umweltinformationen Anm. <i>C. Dusch</i>	232 233
BVerwG	30. 10. 14– 7 C 9/13	Unwirksamkeit eines bedingten Zuteilungsantrags im Emissionshandel	235

VGH Mannheim	30.10.14 – 10 S 3450/11	Rechtmäßigkeit einer atomrechtlichen Stilllegungsgenehmigung (Ls.)	238
VG Wiesbaden	26. 9.14 – 6 K 691/14.WLA	Anforderungen an eine elektronische Akte	238
BGH	9.10.14 – V ZB 127/13	Zuständigkeit der Bundespolizei für Abschiebungshaft	240

## NVwZ aktuell

In eigener Sache, NJW*	V
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	V
Rechtsprechung in Leitsätzen	VI
Kurz berichtet	VII
Gesetzgebungsverfahren und Veranstaltungen	VIII

# Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht



**Düsseldorf** Start: 12.11.2015  
**Leipzig** Start: 16.04.2015  
**Schermbeck** Start: 24.09.2015  
Nördliches Ruhrgebiet - günstigerer Preis in Schermbeck

Weitere Informationen finden Sie unter [www.ARBBER-seminare.de](http://www.ARBBER-seminare.de)



**ARBBER seminars** Anwaltsfortbildung  
 Tel. 07066 - 90 08 0  
 Fax 07066 - 90 08 22  
 Kontakt@ARBBER-seminare.de  
 www.ARBBER-seminare.de

## Hilfe braucht Helfer.

Ärzte für die Dritte Welt e.V.  
 Offenbacher Landstr. 224 | 60599 Frankfurt/Main  
 Spendenkonto 488 888 0 | BLZ 520 604 10  
[www.aerzte3welt.de](http://www.aerzte3welt.de)  
 Tel.: +49 69.707 997-0 | Fax: +49 69.707 997-20



### Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir eine Beilage vom **VERLAG C.H.BECK**.

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

ISSN 0721-880X

## NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

**Schriftleitung und Verlagsredaktion:**  
 Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.  
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 110241, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (069) 75 60 91-0, Telefax: (069) 75 60 91-49.  
 E-Mail: [NVwZ@beck-frankfurt.de](mailto:NVwZ@beck-frankfurt.de), Internet: [www.nvwz.de](http://www.nvwz.de).

**Manuskripte:** Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

**Urheber- und Verlagsrechte:** Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

**Anzeigenabteilung:** Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-598, Telefax (089) 3 81 89-599, E-Mail [anzeigen@beck.de](mailto:anzeigen@beck.de)  
 Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Bertram Götz.**

**Verlag:** Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.

**Erscheinungsweise:** Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

**Bezugspreise 2015:** NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 149,50 (darin € 9,78 MwSt.); **Vorzugspreis für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 132,50** (darin € 8,67 MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 16,- (darin € 1,05 MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 237,50 (darin € 15,54 MwSt.); **Vorzugspreis (w. o.) halbjährlich € 212,50** (darin € 13,90 MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 24,50 (darin € 1,60 MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

**Versandkosten** jeweils zuzüglich.

**Bestellungen** über jede Buchhandlung und beim Verlag.

**KundenServiceCenter:**  
 Telefon: (089) 3 81 89-750,  
 Telefax: (089) 3 81 89-358.  
 E-Mail: [bestellung@beck.de](mailto:bestellung@beck.de)

**Abbestellungen** müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

**Adressenänderungen:** Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

**Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung:** Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

**Druck:** Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.



## BEITRÄGE

Hermann Wilhelmer: Zur Aliquotierung der Abwehrkosten in der Berufshaftpflichtversicherung – zugleich eine Besprechung von OGH 7 Ob 60/13v	53
Friedrich Harrer: Kritische Überlegungen zum Entwurf einer Ein-Personen-Richtlinie	57
Franz Hartlieb/Zurab Simonishvili: Directors' Dealings nach der Marktmissbrauchsverordnung	61

## JUDIKATUR

### EuGH

#### » UNIONSRECHT

Belgische Steuer auf die Umwandlung von Inhaberpapieren in Namenspapiere oder entmaterialisierte Wertpapiere unionsrechtswidrig	66
Deutsche Pauschalbesteuerung (ausländischer) intransparenter Investmentfonds unionsrechtswidrig	67
Keine Prospektpflicht bei Zwangsversteigerung von Wertpapieren	67

### VfGH

#### » VERFASSUNGSRECHT

VfGH prüft § 40 VwGVG betreffend Verfahrenshilfeverteidiger	68
---	----

### VwGH

#### » BÖRSERECHT

VwGH zur Trennung von Vertraulichkeitsbereichen (Eigen- und Kundenhandel)	70
VwGH erneut zur Marktmanipulation durch Crossing	70
VwGH: Vorrang der Geheimhaltungspflicht nach ÜbG gegenüber Ad-hoc-Meldepflicht nach BörseG	71

#### » WERTPAPIERRECHT

VwGH zur unzureichenden Durchführungspolitik	74
--	----

#### » INVESTMENTFONDSRECHT

VwGH: „Investment Trust“ als unerlaubter Bestandteil eines Firmenwortlauts	74
VwGH: Verwaltungsstrafrechtliche Haftung einer Versicherung für Werbung mit Fonds-Fact-Sheets	77

### OGH

#### » VERSICHERUNGSRECHT

Michael Gruber: Aktuelle versicherungsrechtliche Entscheidungen des OGH	78
---	----

#### » KAPITALMARKTRECHT

Vorschriften des WAG betreffend Mindesteigenkapitalausstattung bzw Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung kommt Schutzgesetzcharakter zu	82
---	----

» <b>BÖRSERECHT</b>		
OGH zur Prospekthaftung nach allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen		85
Herald Fonds: Haftung der Prospektkontrollorin		87

» <b>BANKRECHT</b>		
Rückzahlung von Ergänzungskapital		91

## **BVwG**

» <b>FINANZMARKTRECHT</b>		
BVwG: Keine aW gegen Zwangsstrafe nach FMABG		95

» <b>BÖRSERECHT</b>		
BVwG: Nicht eindeutige Information durch einen Discount Broker (Umtausch von Griechenland-Bonds)		95

» <b>WERTPAPIERRECHT</b>		
BVwG: Unterschreiten des Eigenmittelerfordernisses durch eine WPF		96

» <b>BANKRECHT</b>		
BVwG: Meldepflicht bei treuhändigem Erwerb einer qualifizierten Bankbeteiligung		97

## **AKTUELLES**

### **VERFASSUNGSRECHT**

Daniel Ennöckl: Mehrere verfassungsrechtlich bedeutsame Novellen im Dezember 2014 im BGBl kundgemacht		98
---	--	----

### **STEUERRECHT**

Rene Kreisl: 2. Abgabenänderungsgesetz 2014 kundgemacht		98
---	--	----

### **VERSICHERUNGSRECHT**

Michael Gruber: Solvency II: Delegierte VO		99
--	--	----

### **FINANZMARKTRECHT**

Nicolas Raschauer: Elektronisches Postfach der FMA – elektronische Einbringung von Schriftstücken ab sofort verfügbar		99
---	--	----

## **REZENSION**

Markus Dellinger, Kommentar zum Genossenschaftsgesetz samt Nebengesetzen, 2., neu bearbeitete Auflage (Rainer Wolfbauer)		100
--	--	-----

WU  
WIRTSCHAFTS  
UNIVERSITÄT  
WIEN VIENNA  
UNIVERSITY OF  
ECONOMICS  
AND BUSINESS

**WIRTSC** D3-2151/  
*Beil*  
**UNE**  
**VERWALTUNG**

**THEMENHEFT ZUM GEWERBEARCHIV**



**Aktuelle Rechtsfragen aus dem IHK-Bereich**

*Prof. Dr. Jörg Ennuschat, Bochum*

*Prof. Dr. Ralf Jahn, Würzburg*

**2/2015**

*Seite 61 - 132*

*Gildebuchverlag*



## Abhandlungen

Spielersperren in Spielhallen und der Datenschutz – Zugleich Anmerkung zu StGH BW, Urteil vom 17.06.2014 – 1 VB 15/13 – Aktuelle Rechtsprechung zur Gewerbeuntersagung	Prof. Dr. Jörg Ennuschat, Bochum	S. 97
Widerruf von Waffenbesitzkarten bei nachträglichem Wegfall und Austausch des waffenrechtlichen Bedürfnisses	Dr. Alfred Scheidler, Tirschenreuth	S. 102
Krise der Europäischen Integration? Die Bankenunion als Beleg für die Handlungsfähigkeit der EU – Teil I	Dr. Ulrike Bernhardt, Stuttgart	S. 108
	Priv.-Doz. Dr. Alexander Thiele, Göttingen	S. 111

## Berichte und Hinweise, Klausuren mit Lösungen

Aktuelle Fragen des Kammerrechts – Bericht vom 13. Kammerrechtstag in Bremen vom 6. bis 7. November 2014	Christiane Loertzer, Halle/Saale	S. 116
--	----------------------------------	--------

## Buchbesprechungen

Grabitz / Hilf / Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union	Prof. Dr. Wolfgang Kahl, Heidelberg	S. 143
Winfried Kluth (Hrsg.), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2013	Dr. Matthias Wiemers, Berlin	S. 144

## Rechtsprechung und Erlasse

### Verfassungsrecht, Europarecht, allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, allgemeines Gewerberecht

Fleisch-Zerlege- u. Herstellungsbetrieb, Hygienemängel, EU-Erlaubnis-Entzug, maßgeblicher Zeitpunkt	VGH Kassel	10.10.14	8 A 332/12.Z	S. 120
Abfallverbringung ins europ. Ausland, zu Ersatzbrennstoff verarbeiteter Abfall, Ende der Abfalleigenschaft	VGH München	18.12.14	20 ZB 14.689	S. 123
Anordnung gegenüber Spielhalle, Widerspruch, Suspensiveffekt	OVG Koblenz	23.12.14	6 B 10898/14	S. 123
DIHK-Äußerung, Feststellungsanspruch eines IHK-Pflichtzugehörigen gegenüber Dachverband	VG Berlin	19.12.14	4 K 17.11	S. 123

### Gewerbeordnung und sonstiges Gewerberecht

Taxenunternehmer, (fiktiver) Betriebssitz, Verlagerung, Betriebsprüfung, Anündigung, Betretungsrecht, Verwertungsverbot	VG Neustadt	22.09.14	3 K 364/14.NW	S. 125
Kommune, Wirtschaftstätigkeit, mittelbare Beteiligung, Bauträgerfähigkeit, Stadtentwicklung, Subsidiaritätsklausel, Unterlassungsanspruch, Folgenbeseitigungsanspruch	VGH Mannheim	05.11.14	1 S 2333/13	S. 128
Versicherungsvermittler, Erlaubnisversagung, „Katalogstrafiat“, Unzuverlässigkeit, Regelvermutung	VG Ansbach	03.12.14	AN 4 K 14.00305	S. 132

### Handwerk, Berufsbildung

Friseurhandwerk, Seniorenheim, Hauptbetrieb/Nebenbetrieb	OVG Münster	06.10.14	4 B 88/14	S. 135
Auskunftspflicht gegenüber Handwerkskammer, Handwerksrolleneintragung, fehlende Eintragungsvoraussetzung	OVG Münster	Hinweis zum Beschluss vom 24.07.14	4 A 2243/12	S. 135

### Planungsrecht, Umweltrecht, sonstiges Wirtschaftsverwaltungsrecht

S-Bahn-Werkstatt, Plangenehmigung, Nachbarschutz, Anlieger, Betroffenheit, „heranrückende Wohnbebauung“	OVG Münster	05.09.14	16 D 77/13.AK	S. 136
Bauprodukte mit „CE“-Konformitätskennzeichen, zusätzliche nationale Anforderungen, Bauregellisten, Ü-Zeichen, allgem. bauaufsichtliche Zulassung, Warenverkehrsfreiheit	EuGH	16.10.14	C-100/13 (Kommission/Deutschland)	S. 138
Getränkemarken, Endpreisangabe, 2-Flaschen-Zugabe, Literpreiserrechnung	BGH	31.10.13	I ZR 139/12 (2 Flaschen GRATIS)	S. 140

# Verwaltung

## VERWALTUNGSARCHIV

ZEITSCHRIFT FÜR VERWALTUNGSLEHRE, VERWALTUNGSRECHT UND VERWALTUNGSPOLITIK

### HERAUSGEBER

Dr. Elke Luise Barnstedt  
Prof. Dr. Arthur Benz  
Prof. Dr. Willi Blümel  
Prof. Dr. Siegfried Broß  
Dr. Jürgen Fluck  
Prof. Dr. Dr. Klaus König  
Prof. Dr. Hans-Werner Laubinger  
Prof. Dr. Rainer Pietzner  
Prof. Dr. Michael Ronellenfisch  
Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Schenke  
Prof. Dr. Jan Ziekow

Online  
Ausgabe

auf [wlw.wu-wiener.ac.at](http://wlw.wu-wiener.ac.at)

Heft 1  
Februar 2015  
Seiten 1 – 154  
106. Jahrgang  
Art.-Nr. 56364501  
PVSt 48318

# 1

### AUS DEM INHALT

#### AUFSÄTZE

##### Guckelberger

Abstimmungsmöglichkeiten von (betroffenen) Bürger/-innen über administrative Planungs- oder Genehmigungsentscheidungen

Teil I: De constitutione und de lege lata · S. 1

##### Brennecke

Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen Rechtsvorschrift und Selbstregulierung – Die neue Richtlinie VDI 7000 · S. 34

##### Will

Ausgleichs- und Entschädigungsansprüche im Polizei- und Ordnungsrecht am Beispiel von §§ 64 ff. HSOG · S. 55

##### Franzius

Ansätze eines analytisch-deliberativen Verfahrensmodells für die Stromnetzplanung · S. 76

##### Bauer

Die Energiewende in der Politik- und Partizipations-

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Postfach 2352, 56513 Neuwied  
ZKZ 48318, Presse International, Entgelt bezahlt

Wirtschaftsuniversität Wien  
Universitätsbibliothek  
Zeitschriftenmanagement  
Welthandelsplatz 1 - Haus LC  
1020 WIEN  
ÖSTERREICH

2817570

1

Carl Heymanns Verlag

## Schriftleitung

Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Speyer

## Herausgeber

- Dr. *Elke Luise Barnstedt*, Vizepräsidentin des Karlsruher Instituts für Technologie, Karlsruhe  
Dr. *Arthur Benz*, Univ.-Prof. an der Technischen Universität Darmstadt  
Dr. *Willi Blümel*, em. Univ.-Prof. an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer  
Dr. *Siegfried Broß*, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D., Karlsruhe, Honorarprofessor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
Dr. *Jürgen Fluck*, Rechtsanwalt, Ludwigshafen  
Dr. Dr. *Klaus König*, Ministerialdirektor a. D., em. Univ.-Prof. an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer  
Dr. *Hans-Werner Laubinger*, M.C.L., em. Univ.-Prof. an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Dr. *Rainer Pietzner*, Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D., Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin  
Dr. *Michael Ronellenfitsch*, Univ.-Prof. an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen  
Dr. *Wolf-Rüdiger Schenke*, em. Univ.-Prof. an der Universität Mannheim  
Dr. *Jan Ziekow*, Univ.-Prof. an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

## Inhalt

### Abhandlungen

- Abstimmungsmöglichkeiten von (betroffenen) Bürger/-innen über administrative Planungs- oder Genehmigungsentscheidungen**  
Teil I: De constitutione und de lege lata  
Von Univ.-Prof. Dr. *Annette Guckelberger*, Saarbrücken ..... 1
- Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen Rechtsvorschrift und Selbstregulierung – Die neue Richtlinie VDI 7000  
Von Dr. *Volker M. Brennecke*, Düsseldorf ..... 34
- Ausgleichs- und Entschädigungsansprüche im Polizei- und Ordnungsrecht am Beispiel von §§ 64 ff. HStOG  
Von Univ.-Prof. Dr. Dr. *Martin Will* ..... 55
- Ansätze eines analytisch-deliberativen Verfahrensmodells für die Stromnetzplanung  
Von Priv.-Doz. Dr. *Claudio Franzius*, Berlin/Hamburg ..... 76
- Die **Energiewende in der Politik- und Partizipationsverflechtungsfalle: Das Beispiel des Stromnetzausbaus**  
Von Dr. *Christian Bauer* ..... 112

# Ver

Zeitschrift für Verwaltung  
106

## Abstimmungsmöglichkeiten über administrative Entscheidungen Teil I: De

Von Univ.-Prof.

- I. Einführung .....
- II. Verfassungsrechtlicher Rahmen  
1. Status Quo auf Bundes- und Landesebene  
2. Grundgesetz-Änderung  
a) Meinungsstand ...  
b) Stellungnahme ...  
3. Weitergehende Volksabstimmungen innerhalb bundesrechtlicher Kompetenz  
a) Einhaltung der Grundgesetzvorgaben  
b) Volksabstimmungen  
aa) Parlamentarische Volksabstimmungen  
bb) Volksabstimmungen ohne parlamentarische Einbindung  
c) Schwächung der Grundgesetzvorgaben  
d) Volksabstimmungen ohne Grundgesetzvorgaben  
richtige Entscheidung  
e) Abwägungsentscheidungen
- III. Direktdemokratische Verfahren  
1. Abstimmungen auf Landes- und Kommunalebene  
2. Abstimmungen auf kommunaler Ebene
- IV. Zwischenfazit .....

Seit der Abstimmung über die Öffentlichkeitsbeteiligung für die Bürger/-innen unterschiedlichste wissenschaftliche

\* Die Verf. ist Inhaberin des Lehrens der nachfolgenden Ausführungen über die Öffentlichkeitsbeteiligung der Bürger/-innen über das »Ob« einer Entscheidung.  
1 Dazu *Brettschneider/Schwarz*, 2013, S. 107.  
2 *Cancik*, in: Mörschel/Efler (Hrsg.), *Handbuch der Öffentlichkeitsbeteiligung*, 2013, S. 107.